

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis Mfr. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Demhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Einzelverkauf: Ch. Steinhilber, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Ein Gewerkschaftstrutzgesetz.

Dem Reichstag ist in letzter Woche ein Gesetzesentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zugegangen. Nach einem solchen Gesetz wird seit langem schon in Deutschland verlangt. Schon im Jahre 1869, dann wieder 1872, 1885, 1890 und 1895 wurde im Reichstag auf die Notwendigkeit des Erlasses eines solchen Gesetzes hingewiesen. Die Regierung verhielt sich stets ablehnend, auch gegenüber dem von unserer Partei bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs gemachten Versuche, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in zweifelsfreier Weise zu regeln, und sie fand dabei die verständnisvolle Unterstützung der bürgerlichen Parteien. Im Jahre 1896 indessen sprach die Reichstagsmehrheit die Erwartung aus, „daß die Rechtsverhältnisse der Berufsvereine für das Deutsche Reich baldmöglichst geregelt werden“, und auch in den Jahren 1898 und 1903 lehrten Anregungen zur besseren Regelung des Gewerkschaftsrechtes in Form von ausgearbeiteten Gesetzesentwürfen wieder, denen gegenüber sich die Regierung nach wie vor ablehnend verhielt. Mittlerweile hatten die bürgerlichen Freunde der christlichen und Kirch-Dunderschen Gewerkschaften der Regierung die Vorteile eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine begreiflich zu machen gesucht; und so erklärte Posadowsky am 30. Januar 1904 im Reichstag, daß die Regierung grundsätzliche Bedenken gegen ein solches Gesetz nicht mehr habe; und so wurde die Vorlage in der Thronrede vom 28. November 1905 angekündigt, als das Gesetz, „das den gewerblichen Berufsvereinen den Erwerb der Rechtsfähigkeit erleichtert und die Möglichkeit freier Betätigung ihrer wirtschaftlichen Interessen innerhalb der durch das allgemeine Recht gegebenen Grenzen gewährleisten solle“. Dieses Gesetz ist nunmehr dem Reichstag zur Beratung vorgelegt worden.

Es ist ein Arbeitertrutzgesetz der schlimmsten Art, wie wir deren in den letzten 15 Jahren ja mehrere kennen gelernt haben (wir erinnern nur an die Umsturzvorlage und an die Zuchthausvorlage), und wie sie im Lande der ewigen Scharfmacherei gegen die Arbeiter, der Polizeifisken und der Zuchthausurteile nicht anders möglich sind.

Schon der § 1 des vorgeschlagenen Gesetzes läßt über den Charakter und die Tendenz desselben keinen Zweifel. Danach „kann“ ein Verein von Gewerbetreibenden oder gewerblichen Arbeitern desselben Gewerbes oder verwandter Gewerbe oder von Gewerbetreibenden und Arbeitern zugleich als „Berufsverein“ in das Vereinsregister eingetragen werden, „wenn sein Zweck nur auf die Wahrung und Förderung der mit dem Beruf seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gemeinsamen gewerblichen Interessen oder daneben auf die Unterstützung seiner Mitglieder gerichtet ist, ohne daß ihnen ein Rechtsanspruch darauf eingeräumt wird. Auf den Verein finden, soweit sich nicht aus diesem Gesetz ein anderes ergibt, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über eingetragene Vereine Anwendung.“

Durch diesen Paragraphen werden eine Reihe verhängnisvoller Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die eingetragenen Vereine ausdrücklich auch für die eingetragenen Berufsvereine sanktioniert. Wir wollen nur auf eine dieser Bestimmungen hinweisen, die allein uns zu einer glatten Ablehnung dieses Gesetzes in der vorgelegten Form veranlassen müßte, auf die im § 81 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausgesprochene Erschließung eines eingetragenen Vereins für den von einem berufenen Vertreter desselben in Ausübung seiner Vertretungstätigkeit einem Dritten verursachten Schaden, die nach dem Gesetzesentwurf also auch für die eingetragenen Berufsvereine bestehen bleiben würde. Eine solche Bestimmung ist für die Gewerkschaften unannehmbar, denn sie würde bei dem Charakter unserer heutigen Rechtsprechung zu einer Unterbindung jeder erspriesslichen Gewerkschaftsarbeit führen.

Bemerkenswert ist ferner, daß unter anderem der § 51 des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch dieses Gesetz über die Berufsvereine nicht außer Kraft gesetzt ist, so daß ein Verein, dem aus irgend einem Grunde die Rechtsfähigkeit entzogen wird, erst nach einem Jahr in den Wiederbesitz des Vereinsvermögens gelangt. Und solcher verhängnisvoller Bestimmungen, die nach dem § 1 dieser Gesetzesvorlage also auch auf die eingetragenen Berufsvereine Anwendung finden sollen und die die Gewerkschaften bisher von der Erwerbung der Rechtsfähigkeit abgehalten haben, gibt es im Bürgerlichen Gesetzbuch mehrere.

Über auch die Gesetzesvorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine selbst enthält eine Reihe neuer Bestimmungen,

die dieses Gesetz für uns unannehmbar machen. So dürfen nach § 8 in den eingetragenen Berufsvereinen „Personen, die dem Verein als Mitglieder mindestens ein Jahr lang angehört haben, die Mitgliedschaft auch nach dem Ausscheiden aus der für diese maßgebenden Beschäftigung für die Dauer eines Jahres und darüber hinaus so lange aufrecht erhalten, als sie nicht zu einem anderen Gewerbe oder anderen Beruf übergegangen sind“. Wenn diese Beschränkung der Mitgliedschaftsrechte auf die beruflich tätigen Arbeiter sich auf die Angehörigen der Gewerkschaften auch nicht erstreckt, so ist sie für die Existenz der gewerkschaftlichen Organisationen doch von verhängnisvoller Wirkung. Jeder Kenner der Arbeiterbewegung weiß, daß in vielen Orten eine gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter nur möglich ist mit Unterstützung von außerhalb des Berufes stehenden Personen. Wie würden sich in Saarabten und Oberschlesien, wie in den Großbetrieben des rheinisch-westfälischen Industriegebietes die Scharfmacher freuen, wenn sie sich künftig durch Maßregelung der ihnen unliebsamen Gewerkschaftsvertrauensleute entledigen könnten, ohne daß es, wie heute, den Gewerkschaften möglich wäre, sich der dauernden Mitarbeit dieser gemäßigten Kollegen dadurch zu versichern, daß sie ihnen eine bescheidene bürgerliche Existenz schafft.

Wir übergehen die ganzen auf die Verfassung der eingetragenen Berufsvereine bezüglichen Bestimmungen und verweisen nur noch auf die besonders bedenklichen §§ 15 und 16 des Gesetzesentwurfs. Nach § 15 kann einem eingetragenen Berufsverein die Rechtsfähigkeit unter anderem entzogen werden, „wenn er eine Arbeiteraussperrung oder einen Arbeiterausstand herbeiführt oder fördert, die mit Rücksicht auf die Natur oder die Bestimmung des Betriebs geeignet sind, die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaats zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben zu verursachen“.

Mit einer solchen Gesetzesbestimmung könnte bei dem heutigen Stande der Rechtsprechung den Gewerkschaften nicht un schwer das Lebenslicht ausgeblasen werden.

Ebenso bedenklich ist eine Bestimmung im § 16: „Mitglieder des Vorstandes und anderer Vereinsorgane sowie Liquidatoren werden, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu drei Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark bestraft, wenn sie in den Anmeldungen, Übersichten, Mitgliederverzeichnissen, Büchern und sonstigen Urkunden und Listen, deren Führung, Führung und sonst ähnliche Mitteilung ihnen nach dem Gesetz oder der Satzung obliegt, sowie bei den Eintragungen in das Protokollbuch und den ihnen obliegenden Veröffentlichungen wesentlich falsche oder auf Täuschung berechnete unvollständige Angaben machen oder machen lassen, oder wenn sie Mittel des Vereins zur Bezahlung einer Geld- oder Ordnungsstrafe verwenden, welche gegen ein Mitglied des Vereins oder seiner Organe festgesetzt worden ist. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt ausschließlich die Geldstrafe ein.“

Was können auslegungslustige Juristen aus dieser Bestimmung nicht alles heraus- und in sie hineinlesen, wenn es sich darum handelt, den unliebsamen Gewerkschaften einen Strich zu drehen. Wir haben doch einige Erfahrung auf dem Gebiet der Rechtsprechung und sind genügend gewarnt, um derartige Gesetzesvorschläge mit möglichstem Mißtrauen aufzunehmen.

Es ist ja zuzugeben, daß der Gesetzesentwurf, auf den wir später noch des ausführlichen eingehen werden, den Gewerkschaften manche Rechtswohlthat bringt, die sie lange haben entbehren müssen, und ohne die sie eine erspriessliche organisatorische Tätigkeit nicht entfalten können. Diese Verbesserungen des Gewerkschaftsrechtes sind aber gering einzuschätzen gegen die vielen Verböserungen, von denen wir in vorstehenden Ausführungen einige angeführt haben, und von denen allein eine einzige genügen würde, um dieses Gesetz abzulehnen.

Wir haben gewiß alle das lebhafteste Interesse daran, die Rechtsstellung der Gewerkschaften zweifelsfrei zu gestalten, das ist aber auf dem Wege, den hier die Regierung eingeschlagen hat, nicht möglich, das wird bei der Zusammensetzung des Reichstags und dem gegenwärtigen Stand unseres öffentlichen Lebens auch auf absehbare Zeit nicht möglich sein. Deshalb ziehen wir den gegenwärtigen Zustand einer beschränkten rechtlichen Grundlage der Gewerkschaften immer noch einem Gewerkschafts-

recht vor, das jede entschiedene Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Gewerkschaften unmöglich machen, und das nur auf eine Beschränkung unseres ohnedies unzureichenden Koalitionsrechtes hinauslaufen würde.

Bezeichnend ist es aber für unsere deutschen Verhältnisse, daß ein solcher Gesetzesentwurf dem deutschen Reichstag vorgelegt werden konnte zu einer Zeit, wo man in England ernstlich an der Schaffung eines freiheitlichen Gewerkschaftsrechtes arbeitet.

Das Jubiläum der deutschen Sozialpolitik.

Fünfundzwanzig Jahre sind verfloßen, seit durch die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 die Anregung zum Erlass von Arbeiterversicherungsgesetzen in Deutschland gegeben wurde. Die gefinnungstüchtige Presse schlägt aus Anlaß dieses Jubiläums wahre Purzelbäume und singt in hohen Tönen das Lob des „Selbengreises“, der in jener Botschaft bewiesen, wie warm sein Herz für die Arbeiter schlug. Selbstverständlich wird im gleichen Atemzug auch eine tiefe Verbeugung vor dem Onkel „Wilhelms des Großen“ gemacht, dessen Erlasse vom 4. Februar 1890 eine Fortsetzung und Ergänzung des von seinem Großvater verkündeten Prinzips vom „Recht auf Sozialreform“ bedeuten. Bewundernd wird auf die großen Summen hingewiesen, welche alljährlich für die Zwecke der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung ausgegeben werden, und nebenbei auf die bösen Sozialdemokraten gescholten, die sich von diesen Zahlen nicht blenden lassen und dem ganzen großen Wert nüchtern gegenübersehen.

Den richtigen Standpunkt für die objektive Beurteilung der Gesetzgebung, welche an die kaiserliche Botschaft vom 17. November anknüpft, erhält man erst, wenn man sich die damalige Situation vergegenwärtigt. Die Versuche Bismarcks, die sich entsaltende Arbeiterbewegung seinen Zwecken dienlich zu machen, waren mißlungen und er begann zu fürchten, daß ihm in der Sozialdemokratie eine feindliche Macht entstehe, der er auf die Dauer nicht gewachsen sein würde. Für ihn galt es vorzubeugen, und er wußte kein anderes Mittel anzuwenden als Ausnahmegeetze, von welchen ein anderer berühmter Staatsmann erklärt hatte, daß mit ihnen jeder Esel regieren könne. Am 21. Oktober 1878 trat das Sozialistengesetz in Kraft, welches heute von einem führenden Organ des Zentrums, der „Kölnischen Volkszeitung“, als „ein rechtes Produkt der Feigheit“, als „der Gipfel des Blödsinns“, als „einer großen zivilisierten Nation unwürdig“ bezeichnet wird. Aber damals war die Mehrheit der Volksvertretung feig und blödsinnig genug, dieses Gesetz anzunehmen.

Gleich nach seinem Inkrafttreten wurden nicht nur die sozialdemokratischen Organisationen, sondern alle Gewerkschaften bis auf den Buchdruckerverband aufgelöst, alle gewerkschaftlichen Versammlungen wurden verboten und durch das Verbot der politischen und gewerkschaftlichen Presse eine große Reihe von Familien brotlos gemacht. Um die Not der Betroffenen zu vermehren, wurden nach Verhängung des kleinen Belagerungszustandes Ausweisungen vorgenommen, von denen auf dem ersten Schub in Berlin am 29. November 1878 67 Personen, meist Familienväter, betroffen wurden. Es ist hier nicht der Platz, all die Organe zu schildern, welche in jener Zeit der niedrige Polizeigeist feierte; mit Hilfe des Sozialistengesetzes sollte die Arbeiterschaft rechtlos und widerstandsunfähig gegen jede Ausbeutung gemacht werden, und die Väter jenes Schmachgesetzes haben sich alle Mühe gegeben, dieses Ziel zu erreichen. Sie hatten sich der Hoffnung hingegeben, mit der brutalen Polizeifist die Sozialdemokratie zu vernichten, und waren sehr erstaunt, daß trotz aller Schwierigkeiten, die sie bei der Agitation zu überwinden hatten, die Sozialdemokraten bei der ersten Reichstagswahl nach Erlass des Sozialistengesetzes, am 27. Oktober 1881, mehr als 811 000 Stimmen erhielten. Mit Gewalt allein, das erkannte man jetzt, ließ sich der Sozialismus nicht umbringen, neben der Peitsche des Sozialistengesetzes wollte man es daher mit dem Zuckerbrot der Versicherungsgesetzgebung versuchen, und auf diesem Boden ist die berühmte kaiserliche Botschaft gewachsen, mit welcher am 17. November 1881 der Reichstag eröffnet wurde. Nicht uninteressant ist es, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß in derselben kaiserlichen Botschaft neben der Arbeiterversicherung auch ein Raubzug auf die Taschen des Volkes, nämlich eine Vermehrung der indirekten Steuern und das Tabakmonopol angekündigt wurde.

Wenn das Stöckerische „Reich“ im Hinblick auf die kaiserliche Botschaft schreibt: „Der Tat Wilhelms des Großen und

seines Kanzlers liegt jene echt germanische und christliche (!) Staatsauffassung zugrunde, wonach der Staat ein lebendiger Organismus ist, der alle seine Glieder zu nimmer, wechselwirkender Gemeinschaft umschließt, und der eben deshalb auch für jedes dieser Glieder eine tragende, helfende und stützende Hand haben muß," so gibt es damit eine schöne Probe seiner Gesinnungstüchtigkeit, es läßt aber die Tat selbst in einem Lichte erscheinen, welches mit der historischen Wahrheit nicht das geringste gemein hat. Die wirklichen Absichten, welche für die Inangriffnahme der Arbeiterversicherungs-gesetze maßgebend waren, gehen recht deutlich aus der Thronrede hervor, mit welcher im Februar 1881 die Reichstags-sesssion eröffnet wurde. Es heißt in derselben: „Die bisherigen Veranstaltungen, welche die Arbeiter vor der Gefahr sichern sollten, durch den Verlust ihrer Arbeitslosigkeit infolge von Unfällen oder des Alters in eine hilflose Lage zu geraten, haben sich als unzureichend erwiesen, und diese Unzulänglichkeit hat nicht wenig dazu beigetragen, Angehörige dieser Berufs-klassen dahin zu führen, in der Mitwirkung an sozialdemokratischen Bestrebungen den Weg zur Abhilfe zu suchen.“ Hier ist es rund und nett zugegeben, daß es sich bei dieser Gesetzgebung lediglich darum handelte, die Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Dieser Gedanke wird übrigens in der Begründung zur ersten Unfallversicherungsvorlage ebenfalls deutlich zum Ausdruck gebracht; in derselben Begründung findet sich auch das interessante Zugeständnis, daß es sich bei den vorgeschlagenen Maßnahmen „nur um eine würdigere Ausgestaltung der staatlichen Armen-pflege“ handelt.

Vergegenwärtigt man sich diese Gründe, welche die Inangriffnahme der neudeutschen Sozialreform veranlaßten, dann entbehrt der Enthusiasmus, mit welchem das Jubiläum dieser „Tat“ in gewissen Kreisen begrüßt wird, nicht einer gewissen Komik. Ähnlich wie mit der Botschaft Wilhelm I. vom Jahre 1881 verhält es sich mit den Erlassen Wilhelm II. vom Februar 1890, in welchen erklärt wird, „daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben“. In der „Sozialen Praxis“ erklärt Dr. Francke, daß beide weltgeschichtlichen Dokumente der Pflichttreue und der Weisheit der beiden Fürsten unlösbar zusammengehören, „beide zusammen erst bilden die Magna charta der deutschen Sozialpolitik“. In der Tat sind beide Kundgebungen von demselben Geiste geboren. Die Beweggründe der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 haben wir bereits dargelegt; von den Februarerlassen des Jahres 1890 sagte Bismarck, der das wissen mußte: „Der Kaiser versprach sich von den Erlassen Erfolg bei den Wahlen!“

Sieht man von den Beweggründen ab, die zur Inangriffnahme der Arbeiterversicherung führten, und betrachtet nur deren Resultate, dann muß man zugestehen, daß uns imponierende Zahlen vorgeführt werden. Im Jahre 1904 wurden auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes 126,6 Millionen Mark Unterstützung gezahlt, die Krankenkassen hatten eine Ausgabe von 234 Millionen Mark und die Invalidenversicherung zahlte 148 1/2 Millionen Mark an Versicherte. Allerdings vermindert sich der Respekt vor diesen Millionen, wenn man die Zahl der Personen in Betracht zieht, auf welche sich die gewaltigen Summen verteilen. Man sucht es vielfach so darzustellen, als ob die Arbeiter eine große Danteschuld an die Unternehmer abzutragen hätten für die Wohlthaten, die ihnen diese auf Grund der Versicherungs-gesetze gewähren. Immer wieder hört man die Unternehmer jammern über die schier unerträglich hohen Kosten, welche ihnen die Sozialgesetzgebung auferlegt. Wer ernsthaft wie diese Klage berechtigt ist, können wir den Anspruch der Unternehmer auf den Dank der Arbeiter anerkennen, denn all die Summen, die für die Zwecke der Arbeiterversicherung aufgebracht werden, sind gemüht aus dem Schweisse der Arbeiter.

Nach den geltenden Bestimmungen zahlen allerdings die Unternehmer von den Beiträgen zur Invaliditätsversicherung die Hälfte, von den Krankenkassenbeiträgen ein Drittel, und die Beiträge für die Unfallversicherung müssen sie allein tragen. Aber woher stammen die Unternehmerbeiträge? Sie sind doch zuvor von den Arbeitern verdient, und mit Recht bezeichnete Dr. Bödiker, der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes, die Versicherungsbeiträge als feststehenden Teil des Arbeitslohnes. Am schwersten empfinden es die Unternehmer, daß sie für die Unfallversicherung dem Arbeiter gar nichts am Lohn abziehen dürfen. Die große Last, die sie allein tragen müssen, reduziert sich jedoch bei näherem Zusehen auf rund 4 Pf. täglich für jeden Industriearbeiter, in der Landwirtschaft beträgt der Beitrag noch nicht einen Pfennig pro Tag. Dagegen ist gerade die Unfallversicherung in der Praxis eine Einrichtung, die es dem Verunglückten äußerst schwer macht, zu seinem Recht zu gelangen. Wohl jeder, der schon in die traurige Lage kam, im Dienste des Kapitals seine gesunden Glieder einzubüßen, kann ein Lied davon singen, wie schwer sich die Berufsgenossenschaft dazu entschließen konnte, ihm eine angemessene Rente zu gewähren, wie sie, wenn in den höheren Instanzen der Verunglückte ein günstiges Erkenntnis erstritten hatte, immer wieder bei der Hand war, die sogenannte Rente zu kürzen und so das Opfer der Ausbeutung nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Den Arbeitern wird Renten-sucht vorgeworfen, als ob nicht jeder Verunglückte es vorziehen würde, wieder im Besitz seiner gesunden Glieder zu sein, als eine „Rente“ zu beziehen, die im höchsten Falle Zweidrittel des Lohnes betragen darf, den er im Vollbesitz seiner Gesundheit bezogen hat.

Die ungesunden, für die Arbeiter höchst ungünstigen Zustände bei der Verwaltung der Unfallversicherung sind in den maßgebenden Kreisen das Ideal, nach welchem die gesamte Arbeiterversicherung umgemodelt werden soll; das geringe Maß von Selbstverwaltung, das den Arbeitern in der Krankenversicherung noch zusteht, soll ihnen genommen werden. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die bedeutendsten Versprechungen der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 bis heute nicht eingelöst sind und die Sozialreform überhaupt zurzeit in Deutschland auf das tote Geleise geschoben ist. Wir haben also nicht den geringsten Anlaß, in den Jubel einzustimmen, der ob der fünfundzwanzigjährigen Wiederkehr des Tages erhoben wird, an welchem den deutschen Arbeitern die kaiserliche Botschaft verkündet wurde.

Nicht aus Liebe zu den Arbeitern, nicht um ihnen zu helfen, wurde diese Gesetzgebung inaugurirt, sondern um sie einzulullen, sie von der energischen Vertretung ihrer Interessen abzuhalten. Dieser Zweck ist nicht erreicht worden. Die Arbeiterschaft erstirbt nicht in slavischer Demut und Dankbarkeit vor den weisen Herrschern, die den Ausgebeuteten eine Verbesserung ihres Loses versprechen, sondern sie verlangt soziale Reformen als ihr gutes Recht und ist mit dem, was ihr bisher geboten wurde, bei weitem nicht zufrieden. Die ganze deutsche Sozialpolitik ist ein Produkt der Furcht vor der Sozialdemokratie. Wenn die Herrschenden die Sozialdemokratie nicht zu fürchten brauchten, dann würden sie nicht nur schleunigst auf den weiteren Ausbau der Sozialpolitik verzichten, sondern sich beeilen, das bisher Erreichte umzuwerfen. Daraus folgt, daß die Gewerkschaften, die an der Fortführung und dem Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung in erster Linie interessiert sind, sich ständig in engster Fühlung mit der Sozialdemokratie halten müssen. Mögen gewisse interessierte Kreise sich noch so große Mühe geben, einen Gegensatz zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei zu konstruieren; diese beiden Zweige der Arbeiterbewegung zu trennen, wird ihnen nicht gelingen, trotz kaiserlicher Botschaft und trotz kaiserlicher Erlasse.

Lohnfragen oder Machtfragen?

II.

(Schluß.)

-r. Man sollte kaum glauben, daß es noch notwendig ist, den Nachweis zu erbringen, wie wenig bereitwillig die Unternehmer sind, ihren Arbeitern höhere Löhne zu bezahlen. Wenn wir uns dennoch dieser Mühe unterziehen, so geschah es nur, um wieder einmal an einem Beispiel zu zeigen, mit wie wenig Vorsicht und Wahrheitsliebe die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ redigiert wird. Die Leser dieser Zeitung wissen ganz gut, daß man ihnen etwas vorschwindelt, und sie geben offen zu, daß sie Gegner einer Lohnerhöhung sind. Und sie suchen eifrig nach Gründen, um diese Gegnerschaft zu erklären und zu entschuldigen.

Dieses Suchen nach Gründen erinnert lebhaft an die Leute, die, wie wir bei Lukas Kapitel 14 lesen, zu einem Abendmahl eingeladen waren: „Und sie fingen alle nacheinander an sich zu entschuldigen. Der eine sprach: Ich habe einen Acker gekauft und muß ihn besuchen. Der andere sprach: Ich habe fünf Joch Ochsen gekauft, und ich gehe hin, sie zu besuchen. Und der dritte sprach: Ich habe mir ein Weib genommen, und darum kann ich nicht kommen.“ Auch die Gegner einer Lohnerhöhung wissen allerlei Gründe anzugeben, aus denen eine Ablehnung der von den Arbeitern gestellten Lohnforderungen notwendig sei. Die Unternehmer stellen sich nämlich, als ob sie leidenschaftlich gern höhere Löhne bewilligen möchten, aber mit kläglichem Herzen davon abzuweichen müssen, weil sie sonst andere Menschen seien. Die einen schieben die Konkurrenz des Auslandes vor, die anderen verweisen darauf, daß sie kontraktliche Abmachungen getroffen hätten und deshalb „bis auf weiteres“ nicht in der Lage seien, höhere Löhne zahlen zu können, wieder andere jammern, daß die Lage des Gewerbes keine so glänzende sei, wie es den Anschein habe, und daß deshalb eine Lohnerhöhung völlig ausgeschlossen sei; noch andere behaupten mit großer Kühnheit, die Löhne ihrer Arbeiter seien hoch genug, und nur aus reinem Übermut versuchten die verhassten Arbeiter „trotz ihrer zufriedensstellenden Lage“ höhere Löhne zu erzwingen; ferner gibt es Unternehmer, die da behaupten, die Arbeiter wollten in Wirklichkeit gar keine höheren Löhne, sondern sie ließen sich nur von ihren Führern mißbrauchen, die ein Interesse daran hätten, durch eine Lohnbewegung und einen eventuellen Streik ihre Kollegen in Atem zu halten und dadurch die Organisation zu stärken.

Den Vogel aber schließen diejenigen Schlaumeier ab, die da der staunenden Welt verkünden: „Es handelt sich bei den Lohnbewegungen gar nicht um Lohnfragen, sondern um Machtfragen!“, und die da den roten Wappens schwingend mit frecher Stirn erklären: „Die Lohnbewegungen dienen lediglich den sozialistischen Umsturzbestrebungen!“

In letzterer Beziehung ist ein Vorgang charakteristisch, der sich augenblicklich in Kiel abspielt. Nach dem Bericht der „Arbeitgeber-Zeitung“ wird der Streik der Former bei den Howaldtswerken in Kiel seitens der Arbeiter fortgesetzt. Der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes hatte sich an das Gewerbegericht der Stadt Kiel gewandt, um eine Vermittlung durch die Instanz herbeizuführen. Die Direktion der Howaldtswerke hat das hierauf erfolgte Anerbieten des Gewerbegerichtes höflich abgelehnt, da sie den Bevollmächtigten der Metallarbeiterorganisation nicht als Vertreter ihrer Arbeiterschaft anzusehen vermöge. Das nun vorliegende

Schreiben der Howaldtswerke an das Gewerbegericht enthält eine ausführliche Begründung dieses ablehnenden Verhaltens. Wir geben nachfolgend die wichtigste Stelle des Briefes wieder, zugleich als Probe eines erfreulich mannhaften und kernigen Denkens und Redens — wie die „Arbeitgeber-Zeitung“ sich ausdrückt: „Nach dem Mannheimer Parteitag müssen wir es als eine Unverfrorenheit bezeichnen, wenn die Gewerkschaftsleiter sich noch den Anschein geben, als richte sich ihr Bestreben auf die Erlangung besserer Lohnverhältnisse, während sie doch lediglich ihre sozialistischen Umsturzabsichten verfolgen. Wenn sich heutigen Tages noch immer Arbeitgeber finden, welche die Gewerkschaftsführer als die berufenen Vertreter der gesamten Arbeiterinteressen anerkennen, so ist das tief bedauerlich, weil sie ihre Arbeiter — wider ihren Willen — der sozialistischen Organisation in die Arme treiben. Wir halten es demgemäß für unsere Pflicht, unseren Arbeitern die Augen zu öffnen, daß sie ihre wirklichen Gegner erkennen, und deshalb müssen wir darauf dringen, daß der hiesige Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes auch die Kosten dieses durch maßlose Verhegung und Entstellung frivol hervorgerufenen Streiks zu tragen hat.“

Gut gekrümmt, Löwe! könnte man dem geistigen Vater dieses phänomenalen Machwerkes zurufen. Er muß ja seine Leute kennen, um ihnen die Dummheit zuzutrauen, daß sie glauben würden, die Arbeiter der Howaldtswerke stellten Lohnforderungen, um Staat und Gesellschaft umzuführen. Wir Arbeiter gehen über einen solchen Widsinn zur Tagesordnung über, da wir es unter unserer Würde erachten, einem solchen plumphen Schwindel auch nur ein einziges Wort der Widerlegung zu widmen.

Von größerer Bedeutung ist dagegen der andere Einwurf, daß die Lohnfragen in Wirklichkeit Machtfragen seien. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ behandelt dieses Thema, indem sie ausführt, daß man einen Unterschied machen müsse zwischen Lohnfragen und Machtfragen, zwischen solchen Kämpfen, die auf die Erreichung höherer Löhne abzielen, und solchen Kämpfen, die sich um die Machtstellung zwischen Arbeitern und Unternehmern drehen; sie bedauert, daß die Arbeiterschaft die Forderung nach höheren Löhnen meistens als eine reine Machtprobe betrachte, weil sie von der Voraussetzung ausgehe, daß eine Erzielung höherer Löhne ohne starke Arbeiterorganisationen unmöglich sei. Den Arbeitern werde unaufhörlich gepredigt, daß sie auf steigenden Lohn nur zu rechnen hätten, wenn sie gewerkschaftlich und politisch mächtig daständen. Merkwürdigerweise sei die Anschauung, daß alle Lohnfragen schlechthin Machtfragen seien, auch von bürgerlichen Sozialpolitikern angenommen worden, und selbst ein Organ, das sich die Befähigung der Sozialdemokratie zur ausschließlichen Aufgabe macht, habe kürzlich erklärt, daß Lohnfragen lediglich Machtfragen seien.

Gegen diese Auffassung der Sachlage wendet sich die „Arbeitgeber-Zeitung“ mit großer Entschiedenheit, indem sie die bereits von uns zitierte Behauptung aufstellt, daß der größere Teil der Lohnerhöhungen dem freien Willen der Unternehmer entsprengt. „Allerdings ist der Lohnfestsetzung nach obenhin eine Grenze gezogen,“ heißt es in dem fraglichen Artikel, „die aber auch durch alle Macht- und Gewaltmittel seitens der Arbeiterschaft nicht gebrochen werden kann. Natürlich gibt es für die große Masse der ungelerten Arbeiter gewisse Gesetze, nach denen sich aus Angebot und Nachfrage das Einkommen bestimmt, aber für diejenigen Arbeiter, die über bestimmte Kenntnisse verfügen oder gar als Spezialisten gelten können, für diese mehr und mehr anwachsende Schar regelt sich das Lohnereinkommen doch nach Gesichtspunkten, die in ein einfaches Schema nicht hineinpassen. Hier gelten freier und vielmehr Rücksichten, die mit der Richtigkeit und dem Fleiß des Arbeitnehmers etwas zu tun haben. Hier ist die Lohnfrage keine Machtfrage, und diejenigen, die das Gegenteil behaupten und den Streik als das einzige Mittel zur Erlangung besseren Einkommens proklamieren, machen sich einer schweren Entstellung der Tatsachen schuldig und schädigen das Interesse ihrer eigenen Klienten, indem sie diese auf einen grundsätzlichen Weg verweisen.“

Das ist ja gerade des Pudels Kern, daß die individuellen Gesichtspunkte des Unternehmers, wie auch seine Klugheit und sein Wohlwollen Faktoren sind, mit denen die Arbeiterbewegung als Massenbewegung nicht rechnen kann und darf. Wenn die Arbeiter damit rechnen und darauf warten wollten, so dürfte ihnen wohl die Zeit recht lang werden. Im wirtschaftlichen Leben spielt das Wohlwollen des einzelnen Unternehmers durchaus keine Rolle, denn selbst wenn ein Unternehmer die Rolle eines weisen Raben spielen und aus reiner Gutmütigkeit seinen Arbeitern höhere Löhne zahlen wollte, so würde er durch die Schmutzkonzurrenz seiner Kollegen in arge Klemme geraten. Aus diesem Grunde wäre es durchaus unpraktisch, wenn die Arbeiter mit Rücksicht auf ein paar weiße Raben den großen Schwarm der schwarzen Raben in Ruhe lassen wollten.

Es ist also keine schwere Entstellung der Tatsachen und keine Schädigung der Interessen ihrer Klienten, wenn die Arbeiterführer den Streik als das letzte (nicht als das einzige) Mittel, wie die „Arbeitgeber-Zeitung“ lügt) bezeichnet zur Erlangung eines besseren Einkommens, und es klingt sehr lendenlahm, wenn der Artikelschreiber diese „Feststellung“ deshalb für geboten erachtet, „weil gerade die Streikbewegung der letzten Wochen dadurch motiviert wird, daß eine Lohnerhöhung in Anbetracht der herrschenden Leuerung nötig sei und daß eine solche Lohnerhöhung auf keine andere Weise als eben durch gewaltsame Entfaltung der zur Verfügung stehenden Machtmittel erreicht werden könne. Da

ist Zug und Trug! In fast allen Gewerben hat man bereits mit der sinkenden Kaufkraft des Geldes gerechnet und hat aus freien Stücken die Löhne erhöht. Man ist auch überall bereit, in vernünftige Verhandlungen einzutreten und der Arbeiterschaft das zu gewähren, was recht und billig ist. Unter den Hunderten von Streikberichten, die uns vorliegen, gibt es kaum einen einzigen, der nicht davon erzählt, daß die Arbeitgeber ohne alle Rücksicht auf Macht oder Ohnmacht der ihnen entgegentretenden Organisation bereit gewesen wären, weitgehende Zugeständnisse in bezug auf Lohn und auch auf Arbeitszeit zu machen. Wenn es trotzdem in steigendem Maße wieder zu Arbeitskämpfen und Ausständen kommt, so hat die Lohnfrage hiermit nur in Ausnahmefällen zu tun. Es ist die Machtfrage, um die es sich handelt, denn die Lohnfrage wird tatsächlich in der Regel auf gütlichem Wege und durch freie Entscheidung des Arbeitgebers gelöst. Dieses Verhältnis zwischen Lohnfrage und Machtfrage muß man im Auge behalten, wenn man die gegenwärtig von neuem anwachsende Arbeiterbewegung in ihren Ursachen richtig verstehen will.

Unverschämtere Lügen, als wie sie in diesen wenigen Zeilen in die Welt gesetzt werden, lassen sich wohl kaum ausdenken; sie verdienen keine Widerlegung, weil sie zum Himmel stinken. In Wirklichkeit liegt die Sache ja so, daß nur diejenigen Arbeiterkategorien höhere Löhne beziehen, die sie sich mit Hilfe ihrer starken Organisation erkämpfen. Das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter ist ja ein rein unpersönliches und beruht lediglich auf dem Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft, wobei Wohlwollen und Ekelmut keine Rolle spielt. Der Arbeiter, als Verkäufer der Arbeitskraft, will hohe Preise erzielen, weshalb er hohe Löhne erstrebt, der Unternehmer, als Käufer der Arbeitskraft, will niedrige Preise bezahlen, daher schwärmt er für niedrige Arbeitslöhne. Dieser Gegensatz ist in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft unausgleichbar, und da sich hier zwei gleichberechtigte Interessen gegenübersehen, so muß es zu einem Kampfe kommen. Und in einem Kampfe steigt bekanntlich immer der Stärkere, der die größere Macht hat. Die Höhe des Lohnes in einem Gewerbe oder in einem Lande wird bestimmt durch das Stärkeverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern. Es bleibt also trotz aller Winkelzüge der „Arbeitgeber-Zeitung“ dabei, daß die Lohnfrage eine Machtfrage ist. Allerdings betrachtet das Proletariat die Lohnkämpfe nicht als Kampfe um die Machtstellung, sondern jede Lohnerbhöhung erscheint als Selbstzweck, dennoch vergißt es nie, daß im heutigen Wirtschaftsleben nur derjenige etwas durchsetzen kann, der die Macht hat, die Gegner zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

Geschäftsbericht der bayerischen Holzindustrie-Berufsgenossenschaft.

Die Bayern haben auch sehr wenig über ihre Tätigkeit im Jahre 1905 zu sagen. Ein recht dürftiger Bericht, an welchem doch mehr als 40 000 Menschen lebhaft interessiert sind. Doch was kümmert das die Holzindustriellen. Versichert waren am Schlusse des Jahres 1905 7130 Betriebe gegen 6891 im Vorjahr, mithin mehr 239 Betriebe. Eingegangen sind 241 Betriebe, neu gemeldet 480. Die meisten Betriebe zählt Oberbayern mit 1691, ihm folgt Mittelfranken mit 1268, während die Oberpfalz mit 415 die wenigsten Betriebe hat.

Der Bericht meldet nur die Zahl der Holzarbeiter, nicht aber die Zahl der Versicherten überhaupt. Das ist ein großer Fehler, da die Zahl der Holzarbeiter und Versicherten oft sehr verschieden ist und einen Schluß auf die Fluktuation in dem Gewerbe eher zuläßt. So erfahren wir nur, daß 41 688 Holzarbeiter gegen 40 060 im Vorjahr beschäftigt waren. Die Zahl der Arbeiter hat sich demnach nur um 1628 erhöht. Das ist nicht viel und zeugt von keiner schnellen Entwicklung der Holzindustrie im Königreich Bayern.

Wie hoch die Unternehmer ihre „selbstgeleitete“ Berufsgenossenschaft einschätzen, geht schon daraus hervor, daß nur ganze 65 sich freiwillig versichert haben. Die Bayern wollen also von dem gerühmten „Segen“ nicht viel wissen.

Wie gerne die Beträge für die Unfallversicherung bezahlt werden, ergibt sich aus der Bemerkung des Berichtes, daß „das Zwangsbeitragsverfahren im Jahre 1905 gegen 1351 Mitglieder eingeleitet werden mußte, in 121 Fällen ohne Erfolg“. Also der fünfte Teil aller versicherten Unternehmer wollte sich von der Zahlung der Beiträge drücken, und trotzdem der große „Patriotismus“?

Die Löhne, die in der bayerischen Holzindustrie pro Kopf gezahlt werden, verschweigt der Bericht wohlweislich. Nur die Niefensumme von 36 Millionen Mark wird als Lohnsumme angegeben. Rechnet man aber näher nach, so ergibt sich, daß ein Durchschnittslohn von 865 Mk. pro Jahr gezahlt wurde. Da hatte man allerdings Grund und Ursache genug, diese Schande zu verschweigen. Die Holzarbeiter Bayerns haben also noch hinreichend Gelegenheit, für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten.

Gemeldet wurden im Berichtsjahr 2120 Unfälle gegen 1946 im Vorjahr. Die Unfälle haben also ganz erheblich zugenommen! Entschädigt wurden hiervon 674 Fälle. Über die Ursachen usw. der Unfälle wird gar nicht berichtet. Wir müssen uns deshalb den Bericht des technischen Ausschusses beinahe etwas näher ansehen, welcher die Betriebe des ganzen Königreichs zu überwachen hatte. Der Beamte hat aber nur 779 Betriebe besichtigen können, wozu er 142 Reisetage verwendet hat. 6851 Betriebe haben also gar keinen Revisor gesehen. Wie nötig aber die Revisionen der bayerischen „Musterbetriebe“ sind, ergibt sich aus den Aus-

führungen des Beamten, dem doch jede Kritik seiner „Brotgeber“ unmöglich ist.

Nur in 20 Prozent aller Revisionen wurden einigermaßen einwandfreie Verhältnisse ange troffen, indem oft genug da, wo die technische Revision keine Beanstandungen ergab, dies hinsichtlich der Lohnnachweisungen nicht zutraf und umgekehrt.

Nach Maschinen ausgeschleudert verteilen sich die Beanstandungen so, daß beanstandet wurden:

21 Dampffessel	von 118 revidierten, also 18 Proz.
50 Dampfmaschinen	= 123 „ = 41 „
46 Explosionmotoren	= 175 „ = 26 „
11 Wasserkräftmaschinen	= 122 „ = 8 „
13 Elektromotoren	= 146 „ = 9 „
8 Gabelwerke	= 7 „ = 43 „
15 Aufsätze	= 24 „ = 62 „
377 Kreissägen	= 693 „ = 54 „
180 Bandsägen	= 284 „ = 50 „
67 Präsmaschinen	= 176 „ = 38 „
181 Hobelmaschinen	= 446 „ = 41 „
23 Bohrmaschinen	= 171 „ = 13 „
183 Gatter	= 322 „ = 55 „
108 Schleifmaschinen	= 203 „ = 50 „
36 Universalmaschinen	= 42 „ = 84 „

In 43 Prozent der Revisionen war für das nötige Verbandzeug keine Sorge getragen.

Soweit der Bericht. Grauenhafte Zahlen! Fast jede „Universalmaschine“ zeigte Mängel. Kreissägen, Bandsägen, Gatter usw., welche bekanntlich die meisten Opfer fordern, waren in einem Zustand, daß 50 bis 55 Proz. Beanstandungen erfolgen mußten. Der Beamte schreibt weiter: „Wie schon erwähnt, zeigt sich hier auf das deutlichste — von den Gattern, die in der Mehrzahl uralte Maschinen sind, abgesehen —, daß es immer wieder die Maschinenfabriken sind, die nicht den geringsten Wert auf eine richtige Ausstattung ihrer Maschinen legen.“ — „Gerade die modernsten Maschinen, die Universalmaschinen, zeigen das.“

Der Aufsichtsbeamte findet es „tief bedauerlich“, daß dann diese ungenügenden Erzeugnisse der Fabriken auch noch auf Ausstellungen prämiiert werden! Dabei kommt er auf die Nürnberger Ausstellung zu sprechen und plaudert aus der Schule. Um zu verhüten, daß wieder Maschinen ohne entsprechenden Anfallschutz auf der Ausstellung vorgeführt würden, stellte der Beamte als „Mitglied des Beirats für das Museum für Arbeitermohlsfabrikrichtungen in München“ den Antrag: „Welche Schritte sind zu tun, um auf der in Nürnberg stattfindenden Ausstellung die Durchführung der bestehenden Anfallschutzvorschriften allenthalben zu sichern und so den Vorfürhrungen des Museums auf dieser Ausstellung den ihm gebührenden Wert zu wahren?“ — „Daraufhin wurde eine Kommission von drei Herren, darunter auch der Berichterstatter, ernannt, mit dem Auftrag, sich mit der Ausstellungsleitung über diese Maßnahmen ins Benehmen zu setzen, erhielt aber von dieser eine Antwort auf das diesbezügliche Anschreiben, die geradezu unglaublich genannt werden muß, so daß die Kommission dieses Schreiben an das Staatsministerium weitergab, besonders dadurch veranlaßt, daß Se. Excellenz der Herr Staatsminister Graf v. Feilitzsch in der Kammer der Abgeordneten seinerzeit die Erklärung abgegeben hat: seitens der Staatsregierung werde künftig alles geschehen, die Ausstellungen im Sinne der Berufsgenossenschaften richtigzustellen!“ Der Staatsminister habe die Ausstellungsleitung auch „in einem sehr energischen Schreiben“ (Donnerwetter!) zur Beachtung der Unfallvorschriften angefordert, sogar das Landesversicherungsamt München nahm Stellung zu dieser Sache und machte eine Aufforderung „von speziellen, ganz allgemein gehaltenen Vorschriften für die Mindestforderung an Schutz, die bei der Prämierung der Maschinen wenigstens zu beachten sei.“ Man erwartete, daß man diese Vorschläge gerne akzeptieren würde, „daß nunmehr endlich das zunächstliegende geschehen würde, das Notwendigste, wollte nicht der Staat selbst seine Anordnungen, deren Durchführung bei den einzelnen Betriebsunternehmern er durch Strafen erzwingt, diskreditieren.“ — „Trotzdem war der Erfolg der so vielversprechenden Aktion gleich Null, denn gerade letztgenannte Vorschrift blieb lediglich ein Vorschlag innerhalb der beteiligten Behörden, wurde aber nicht an die Ausstellungsleitung hinausgegeben, so daß also wiederum Maschinen, die den einfachsten Vorschriften nicht genügen, als auf der bayerischen Jubiläumsausstellung prämiiert angeboten werden können!“

Das ist ja recht bitter und zeigt, welchen Respekt unsere Unternehmer vor den Behörden haben, die nur den Arbeitern gegenüber als „Bauwau“ aufzutreten wissen. Den Grund dieses Verhaltens glaubt der Beamte auch erraten zu haben, denn er schreibt: „Augenscheinlich nur aus dem Grund, weil die Leitung dieser Ausstellung in der Besorgnis, nicht genügend Aussteller heranzuziehen zu können, letzteren wahrscheinlich Versprechungen gemacht hat, die sie bei Beachtung der Unfallvorschriften nicht hätte realisieren können.“

Ei, ei! Der Nürnberger Trichter hatte der Ausstellungsleitung also nicht gefehlt. Aber nach außen die größte Harmonie! Große Reden der Minister über den Segen dieser Ausstellung für das Wohl der Arbeiter usw., und dabei macht sich die ganze „Leitung“ über das „energische Schreiben“ des Staatsministers lustig! Der Blick hinter die Kulissen war doch interessant, und sind wir deshalb dem Bericht nicht gram, daß er sonst so dürftig ausgefallen ist.

Erwähnt sei noch, daß die Berufsgenossenschaft für Kapitalabfindung — Jnländer — 86 410 Mk. ausgegeben

hat. Also mehr als 100 arme Verletzte sind auf den Beim der schlaun Berufsge nossenschaft getrocknet und haben für wenig Geld ihre Rechte verkauft. Arbeiter sind eben keine Ausstellungsteiler und Maschinenfabrikanten!

Soziales.

Sozialpolitik bayerischer Unternehmer.

Der neugegründete Verband bayerischer Unternehmer, welcher bald auch eine Rolle bei Lohnbewegungen spielen wird, befaßt sich auch mit Sozialpolitik. Durch die bürgerlichen Blätter geht folgende Notiz:

München, 28. Oktober. Der vor kurzem in Nürnberg gegründete Bayer. Verband der Vereine zum Schutze für Handel und Gewerbe hielt gestern und heute dahier seine erste Tagung ab. Zur Frage der Unfallversicherung wurde folgender Antrag angenommen: Es sei eine Änderung der Unfallversicherungsgesetzgebung dahin zu erstreben, daß 1. die Unfallversicherung auf alle kaufmännischen Betriebe ohne Rücksicht auf die Eintragung in das Handelsregister ausgedehnt wird, 2. der Versicherung die gesamte Tätigkeit des in diesen Betrieben beschäftigten Personals unterliegt.

Es ist doch traurig, daß man in Deutschland erst derartige Anträge zu stellen braucht. Heute ist der Unfuh in unserer Gesetzgebung so groß, daß zum Beispiel ein Arbeiter, Packer, Ausläufer, Holzarbeiter in einem Betrieb dieser Art, welcher noch nicht in das Handelsregister eingetragen ist, bei einem Unfall keine Unfallrente erhält. Sobald der Betrieb aber in das Register eingetragen ist, untersteht er der Versicherungspflicht. Unfälle, die aber einen Tag vor dieser Eintragung stattgefunden haben, werden nicht entschädigt. Daß auch unsere bayerischen Unternehmer diesen Mißstand erkennen, ist ja verwunderlich. Sofort änderte sich aber das Bild bei folgendem Punkt: Die Versammlung beschäftigte sich zum Schluß mit dem § 63 des Handelsgesetzbuchs. Danach muß ein erkrankter Angestellter mindestens sechs Wochen lang sein volles Gehalt weiter erhalten, ein Abzug des von der Krankenkasse gewährten Betrags ist nicht gestattet. Nach dem geltenden Rechte ist der zweite Teil des § 63 zwingendes Recht, der erste kann durch Vertrag geändert werden. Im Reichstag liegt nun ein von mehreren Parteien unterstützter Antrag Baffermann vor, den ganzen § 63 zu zwingendem Rechte zu machen. Das hat den Widerspruch verschiedener Handelskammern hervorge rufen, die in einer solchen Änderung einen Anreiz zur Simulation sehen und glatt vorschlagen, nur den ersten Teil des § 63 zwingend zu machen. Die Versammlung schloß sich diesem Vorschlag an.

Also um die „Simulation“ der mit 80 Mk. Monatsgehalt entlohten „Rausleute“ zu bekämpfen, schloß man sich dem Vorschlag unserer reaktionären Handelskammern an. Die Baffermannschen Gestalten werden aber deshalb ihre durch den Hungertarif, Zölle und sonstige Volksunterdrückung stark beschädigten sozialpolitischen Mäntelchen lustiger flattern lassen.

Arbeitskammern oder Arbeiterkammern. Wie die „Kölnische Zeitung“ mitzuteilen weiß, hat der Staatssekretär des Reichsamt des Innern, Graf Posadowsky, dem Staatsministerium einen Gesetzentwurf über Arbeitskammern vorgelegt. Wir werden ja sehen, was bei dieser Vorbereitungen der Regierung herauskommt. Gar zu hoch sind unsere Erwartungen nicht gespannt. Wir trauen dieser Regierung nur einmal nicht zu, daß sie eine die Arbeiter auch nur einigermaßen befriedigende Sozialreform betreibt. Und für Arbeitskammern können wir uns sowieso nicht begeistern.

Auch die Parteipresse nimmt aus Anlaß der obigen Meldung Stellung zu dieser Frage. Das geschieht in der Mehrzahl der Parteiorane durch die Veröffentlichung eines gleichlautenden Artikels, in dem es unter anderem heißt:

„Im Anschluß an die bisherige Entwicklung der offiziellen Vertretungen der wirtschaftlichen Interessen lag es nahe, für die Arbeiter Arbeitskammern zu fordern, die in Gegen satz zu allen anderen offiziellen Vertretungen die Interessen der Arbeiter rein und einseitig zum Ausdruck bringen könnten. Das mußte die Forderung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter sein. Tatsächlich hatte sich aber die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schon seit langer Zeit auf Arbeitskammern festgelegt, und sie hat diesen Standpunkt auch späterhin nicht aufgegeben, so daß gegen Arbeitskammern als solche von der politischen Vertretung der Arbeiter kein Widerspruch erhoben werden kann.“

Der Verfasser dieses Artikels und die Parteiorane, die diese Ausführungen vorbehaltlos publizieren, vergessen ganz, daß nicht nur der böhner Gewerkschaftstongress, sondern auch der Jenaer Parteitag, und dieser sogar debattelos, sich für Arbeiterkammern ausgesprochen hat. Und da es eine von den Beschläffen der Parteitage unabhängige Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht gibt und nicht geben kann, so wird auch seitens der Fraktion im Reichstag der Regierungsvorlage über Arbeitskammern gegenüber nur die Forderung auf Schaffung von Arbeiterkammern vertreten werden können.

SSC. Zur Statistik der Arbeitslosigkeit. Einen sehr wertvollen Beitrag zur Bemessung des An- und Abchwel lens der „Reservearmee“ bietet die vom Reichsstatischen Amt veranstaltete periodische Erhebung bei den Fachverbänden: den freien Gewerkschaften sowohl wie bei den Christlich-Donkerschen, christlichen und konfessionellen Vereinen. Die am 26. September 1906 versandten neuen Anfragesformulare beabten insofern einen Fortschritt gegenüber den früheren, als nunmehr an Stelle des einen Stichtags drei Stichtage getreten sind, und zwar der letzte Arbeitstag der 4., 8. und 13. Quartalswoche. Außerdem werden nunmehr die gesamten Arbeitslosentage einschließlich der Karenztage erfragt, also nicht nur wie bisher die Unterstüchtungstage.

Geantwortet haben diesmal 64 Verbände mit insgesamt rund 1 866 000 Mitgliedern. Das Ergebnis war nach dem

„Reichsarbeitsblatt“ folgendes: Am letzten Arbeitstag der 18. Quartalswoche (29. September) waren in den berichtenden Organisationen 13 068 gleich 1,0 Prozent der Mitglieder arbeitslos, und zwar 1,1 Prozent der männlichen und 0,7 Prozent der weiblichen Mitglieder. Am letzten Tage der 8. Quartalswoche (25. August) betrug die Zahl der Arbeitslosen 9940 gleich 0,7 Prozent der Mitglieder, während sie am letzten Tage der 4. Quartalswoche (28. Juli) 10 428 gleich 0,8 Prozent betragen hatte.

Der Arbeitslosenprozentsatz wäre demnach von Anfang des Quartals bis über die Mitte desselben gesunken, um sich dann wieder zu heben auf einen Stand, der den Anfangsstand noch um 0,3 überragte. Diese Tatsache stimmt aber nicht überein sowohl mit den praktischen Beobachtungen des täglichen Lebens, die immer noch eine steigende Arbeitsnachfrage erkennen lassen, als auch mit den Feststellungen der Krankenkassen und Arbeitsnachweise. In den Krankenkassen, die dem „Reichsarbeitsblatt“ Mitteilung machten, war die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder vom 1. September bis 1. Oktober 1906 um 82 332 heraufgegangen. Und den Berichten von 640 Arbeitsnachweisen zufolge hatten sich im September gegenüber dem Vormonat zirka 3000 Arbeitssuchende weniger gemeldet, während die Zahl der offenen Stellen um rund 14 000 und die der durch die Nachweise besetzten um rund 7000 sich erhöht hatte. Wir dürfen daher wohl mit Recht annehmen, daß die obige scheinbare Steigerung der Arbeitslosenziffer im September auf die erst allmählich zur Gewohnheit werdende neue Zählmethode, die auch die Karenztage mitberücksichtigt wissen will, zurückzuführen ist.

Sehen wir nun die für dieses Quartal ermittelten Prozentziffern der Arbeitslosigkeit in Vergleich mit denen früherer Erhebungen, so ergibt sich folgendes Bild:

	1906	1904	1905		1906
31. März . . .	—	2,0	1,8	31. März . . .	1,1
30. Juni . . .	3,2	2,1	1,5	30. Juni . . .	1,2
30. September	2,8	1,8	1,5	28. Juli . . .	0,8
31. Dezember .	2,6	2,4	1,8	25. August . .	0,7
				29. September .	1,0

In den letzten drei Jahren hat also entsprechend der steigenden Konjunktur des gesamten Wirtschaftslebens eine fast ununterbrochene Verminderung der industriellen „Reservearmee“ stattgefunden. Nicht vergessen darf man dabei, daß die in vorstehendem gegebenen Durchschnittsprozentsätze das rechnerische Resultat sehr verschiedener Prozentsätze für die einzelnen Berufszweige sind. Einzelne Verbände weisen eine hoch über dem Durchschnitt stehende Arbeitslosigkeit auf. Die höchsten Arbeitslosenziffern hatte an allen drei Stichtagen der Verband der Friseur-gehilfen. Nächst ihm kamen die Formstecher, Tapezierer und Buchdrucker. In diesen vier Verbänden schwante die Prozentziffer der Arbeitslosigkeit im Laufe des Quartals wie folgt:

	28. Juli	25. August	29. September
Friseurgehilfen	7,3	11,0	19,3
Formstecher	13,5	10,4	8,5
Tapezierer	6,3	7,2	4,0
Buchdrucker	5,4	6,0	5,0

Bei diesen Schwankungen spielen Saisoninflüsse wohl die Hauptrolle. Daneben kommen partielle Krisen und Lohnkämpfe in Betracht. Die niedrigsten Arbeitslosenziffern weisen die großen Industriearbeiterverbände auf. So hatte der Holzarbeiterverband am 29. September d. J. 1,2 Prozent Arbeitslose, der Metallarbeiterverband sogar nur 0,6 Prozent. Alles in allem ergibt sich die Tatsache, daß keine Zeit günstiger wie die jetzige für die Arbeiter ist, sich auch ihren Anteil an dem goldenen Segen, der über die Industrie niedergeht, zu erkämpfen. Eine Erhöhung ihrer Geldlöhne ist für sie um so mehr eine Notwendigkeit, als die gewaltige Steigerung der Preise aller wichtigen Gebrauchsgüter, insbesondere der Lebensmittel ihnen sonst eine direkte Verschlechterung ihrer Lebenshaltung aufzubringen würde.

Die englische Großhandels-Gesellschaft hatte im ersten Vierteljahr 1906 einen Umsatz von 102 565 500 Mk. Das bedeutet eine Steigerung gegen die gleiche Zeit des Vorjahres von 6 678 660 Mk. oder 6 1/2 Prozent. Aus den eigenen Produktionsabteilungen der englischen Großhandels-Gesellschaft wurden in dieser Zeit für 19 946 420 Mk. Waren bezogen, das sind 8 889 980 Mk. mehr als in derselben Zeit des Vorjahres. Die Bankabteilung hatte einen Umsatz von 502 246 840 Mk. gegen 466 659 000 Mk. in der gleichen Zeit des Vorjahres. — Diese Ziffern zeigen, daß die ohnehin schon kolossal entwickelte englische Genossenschaftsbewegung in nächster Weiterentwicklung begriffen ist.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Gollnow wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Dezember einen Lokaltbeitrag von 5 Pf. pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben; desgleichen der Zahlstelle Chemnitz, einen solchen von 5 Pf. für weibliche Mitglieder.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 102232 Albert Mayer, Tischler, geb. 15. 11. 81 zu Straßburg.
- 104562 Hermann Schichau, Tischler, geb. 6. 6. 80 zu Burg.
- 122854 Max Dettmann, Tischler, geb. 11. 4. 72 zu Jamitzow.
- 204411 Karl Baufeld, Tischler, geb. 25. 2. 51 zu Halle.
- 208898 Paul Müller, Tischler, geb. 25. 7. 61 zu Glogau.
- 254612 Karl Leuschner, Tischler, geb. 7. 2. 86 zu Bockwitz.
- 295824 Fritz Donniges, Tischler, geb. 3. 9. 86 zu Königsberg.
- 296000 Hermann Brück, Tischler, geb. 28. 4. 06 zu Königsberg.
- 305520 Ernst Meyer, Maschinenarb., geb. 18. 9. 89 zu Zeitz.
- 331002 Theodor Töpfer, Tischler, geb. 30. 4. 85 zu Auzig.

Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Vorstandsvorsitzende.

Bekanntmachungen der Gauverbände.

Gau 15. Vorort Stuttgart. Unsere letzte Sendung „Brotschüre über Alters- und Invalidenversicherung“ usw. wird

in allen Zahlstellen angekommen sein. Wo nicht — wolle man bei uns reklamieren.

Wir hoffen, daß Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder unseren gegebenen Anregungen in allen Teilen Rechnung tragen.

Der Gauvorstand. J. A.: Gg. Raub, Holzstraße 18 II.

Korrespondenzen.

Anklam. Am 8. November fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Falkenberg über „Die gegenwärtige Lage und die nächste Aufgabe des Verbandes“ sprach. Die Versammlung war leider nicht so gut besucht, wie es sein sollte. Die Ausführungen des Kollegen Falkenberg wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Zum Schlusse ließen sich drei Kollegen aufnehmen. Zu dieser Versammlung waren auch die Kollegen der Firma Wihl. Oldenburg eingeladen. Es war auch eine gute Begleitung unter den Kollegen für den Besuchsbesuch. Sie ließen eine von den Einladungen in der Fabrik erfüllen. Der Meister übermittelte diesen Handzettel Herrn Oldenburg, der über die Frechheit der Lokalverwaltung, daß sie es wagte, „seine Leute“ zur Versammlung aufzufordern, ganz aus dem Häuschen kam. Denn vor dem Holzarbeiterverband hat Herr Oldenburg einen mächtigen Respekt; er wehrte sich mit allen möglichen Mitteln gegen diese Agitation, es könnte ja in seinem Betrieb wieder zum Streit kommen. Ist der Streik auch nicht zu unseren Gunsten ausgefallen, so hat Herr Oldenburg doch an seinem Geldbeutel unsere Einigkeit gefühlt und will nun jeden rauswerfen, der sich im Holzarbeiterverband organisiert. Unterstützt wird er durch die treuen Bürger (verachtete Meister), die ihm seine Wunden geheilt haben, die der Verband ihm geschlagen hatte, wie sich ein Bürger bei einer Festrrede seines Fabrikvereins (Harmonie) äußerte. Zwei dieser Getreuen, der Herr Buchhalter und der Poliermeister, hatten sich nun auch zu unserer Versammlung eingefunden, leider aber keine bei Oldenburg beschäftigten Arbeiter. Und gerade diese Kollegen hätten den Holzarbeiterverband doppelt nötig. Deshalb ergeht auch an sie der Ruf: Tretet dem Verband bei, wenn ihr nicht ganz unterliegen und euch wie Sklaven behandeln lassen wollt. Sasset ab von allem persönlichen Zwist und Reibereien, denn dieses gefällt dem Herrn Oldenburg, nur so kann er euch ungehindert drücken. Ginetn in die Organisation, laßt euch nicht abschrecken, wenn auch Herr Oldenburg sagt, wer sich aufnehmen läßt, wird herausgeschmissen. Es wird alles nicht so heiß gegessen, wie es getocht wird.

Frankenberg. Der Besuch unserer Mitgliederversammlung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Es ist geradezu beschämend, wenn von nahezu 100 Mitgliedern 15 bis 25 in den Versammlungen erscheinen. Ja, Kollegen, wo soll denn das hin führen? So wie bisher kann es nicht weiter gehen, ihr alle müßt endlich einmal Hand ans Werk legen um unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Wir sehen und hören es alle Tage, daß die Lebensverhältnisse immer schwieriger werden, und trotzdem werden von den Unternehmern teils Abzüge gemacht teils Verschlechterungen eingeführt. Nur einige Beispiele. In der weltbekanntesten Reformbettenfabrik von Steiner & Sohn Aktiengesellschaft versucht man Abzüge zu machen, einmal bei diesem, ein andermal bei jenem. Wenn auch die gelehrten Tischler bei Anspannung aller Kräfte noch auf einen halbwegs günstigen Lohn kommen, um so schlechter sind die anderen gestellt. Speziell die Maschinenarbeiter, welche zum Teil schon jahrelang für einen Lohn von 18 und 14 Mk. arbeiten. Was soll mit diesem Gelde ein Familienvater anfangen? Die Frau muß mit in die Fabrik oder als Heimarbeiterin mitverdienen. Ebenso ist es in der Möbelfabrik von Jäger, Inhaber M. & O. Jäger. Bei dieser Firma ist es Mode, daß die ungelernen Arbeiter im Winter weniger Lohn bekommen als im Sommer. Hat doch der Herr Werkführer Kläuter zu einem Arbeiter erklärt: „Sie bekommen von jetzt ab 13,50 Mk., wir bekommen jetzt genug Arbeiter.“ Dort ist das Unternehmen sehr Mode, auch werden jetzt bei überfülltem Besetztungsgrad häufig Überstunden gemacht, doch gibt es da keinen Aufschlag. Damit der Werkführer die Arbeiter immer hübsch am Schürchen hat, versucht er sie gegenseitig aufzuheizen. Es könnte noch vieles über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse von hier geschrieben werden, aber doch genug damit. Nun, ihr Kollegen von Frankenberg, wenn ihr eure Lage verbessern wollt, so ist es dringend nötig, daß ihr die Mitgliederversammlungen besucht und bei jeder Aktion, wenn ihr gerufen werdet, erscheint. Vor allem aber müssen die noch Fernstehenden und Jaghaften aufgerüttelt werden, damit diese endlich einmal ihren Gleichmut abstreifen und sich dem Verband anschließen. Beherrigen die Kollegen dieses, dann wird die Zeit kommen, wo es vorwärts geht bei den Frankenberg Holzarbeitern. Unsere Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Sonnabend im Monat abends 9 Uhr im „Stadtspark“ statt.

Grimma. In der Mitgliederversammlung vom 17. November referierte Kollege Schulz-Leipzig über „Die indirekten Steuern und deren Wirkung auf die Lage der Arbeiterklasse“. Redner entlegte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Leider war die Versammlung nur schwach besucht, welches sehr zu bedauern ist. Eine Diskussion fand über den Vortrag nicht statt. Unter Verschiedenem entspann sich eine lebhafteste Debatte, besonders zwischen zwei Verwaltungsmittgliedern, Winter und Linderer, in der diese Kollegen in so heftiger Weise aufeinanderplakten, daß letzterer sich genötigt sah, sein Amt als Kassierer niederzulegen, jedoch erklärte sich selbiger auf Veranlassung einiger Kollegen wieder bereit, daselbe bis zur nächsten Neuwahl weiterzuführen. Kollege Melte ersuchte darauf die Kollegen, doch nicht immer bei jeder Gelegenheit so heftig und schließlich noch persönlich ausfällig zu werden, wie dieses bedauerlicherweise heute geschah sei, es müsse doch vor allen Dingen darauf hingearbeitet werden, daß Verwaltungsmittglieder unter sich einig sind. Es gebe doch kein gutes Beispiel für die übrigen Mitglieder, wenn derartig persönliche Vorwürfe in Versammlungen zum Ausdruck gelangten. Zur Regelung solcher Angelegenheiten seien in erster Linie Verwaltungssitzungen dazu da. Diesen Ausführungen wurde zugestimmt. Ferner sei noch erwähnt, daß, um auf dem Gebiet der Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter vorwärtszukommen, der engste Zusammenschluß der Arbeiterschaft, des Berufs-

eine unerläßliche Vorbedingung ist. Deshalb ist es unsere Pflicht, sich zu organisieren und zu agitieren, damit auch der letzte Kollege unserem Verband zugeführt wird. Und zum Schlusse rufen wir jedem Kollegen zu: Seid einig, ruhig und stets sachlich.

Helmstedt. Am 7. November fand eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher der Kollege Robert Ahrens-Berlin über das Thema „Die gegenwärtige Lage und die nächsten Aufgaben des Deutschen Holzarbeiterverbandes“ sprach. Der Referent erledigte sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der anwesenden Kollegen. Trotz eifriger Agitation der Verwaltung hatte es ein großer Teil der organisierten Holzarbeiter vorgezogen, durch Abwesenheit zu glänzen, denn von zirka 200 am Orte beschäftigten Holzarbeitern waren ganze 60 Mann erschienen. — Kollegen Helmstedts, wo soll es hin mit eurer Gleichgültigkeit? Selbst Leute, welche mit unserer Bewegung nichts zu tun haben, fragten verwundert: Ist das denn alles, was heute Abend kommt? In dieser Versammlung habt ihr bezeugt, daß es nur leere Ausreden sind, wenn gesagt wird, die Verwaltung gestalte die Versammlungen nicht interessant genug, denn wenn einmal etwas Lehrreiches geboten wird, was in dieser Versammlung der Fall war, ist auch niemand zu sprechen. Also, Kollegen, so kann es nicht weiter gehen, denkt daran, was uns die Zukunft bringen kann, so wird sich ein jeder Kollege verpflichtet fühlen müssen, unsere Versammlungen zu besuchen.

Kattowik. Der Agitationsleiter der Hirsche in unserem Bezirk, Renner, scheint eine recht hohe Meinung von seiner Person zu haben. Wie aber in so vielen Fällen trifft auch auf ihn das Sprichwort zu: Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz. Daß sein Agitationsbericht in der „Holzarbeiter-Zeitung“ gebührend beleuchtet wurde, paßt ihm nicht, und da er gegen die geschilderten Tatsachen nicht aufkommen kann — schimpft er. Und in der Nr. 45 der „Sache“ wird ihm für seine Schimpferei eine volle Spalte zur Verfügung gestellt. Neben seiner Schimpferei bringt er natürlich auch eine Reihe von Lügen, von denen er hofft, daß sie ihm das bei einem Teil seiner Mitglieder verloren gegangene Vertrauen wieder erwerben. Herr Renner vermutet, daß der Berichterstatter der „Holzarbeiter-Zeitung“ aus einer Versammlung in Beuthen „verduftet“ sei. Als ob überhaupt ein im Verband tätiger Kollege es nötig hätte, einer Auseinandersetzung mit Renner auszuweichen! Verbandsfunktionäre haben aber mitunter wichtigere Dinge zu tun, als sich mit solchen Kläffern abzugeben, und der Vorwurf der Freigebigkeit mutet nur komisch an, wenn er von einem Menschen à la Renner einem Verbandsmitglied gegenüber erhoben wird. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob Renner nicht recht lesen kann oder ob er absichtlich falsch zitiert. Wir hatten geschrieben, daß von einer Lohnbewegung der Hirsche in Oberschlesien nichts bekannt sei; um das zu widerlegen, weist er nach, daß in Gleiwitz eine Lohnbewegung der Bautischler stattgefunden hat, an der aber Hirsche nicht beteiligt waren. Zu viel Verstand setzen wir ja bei dem Hirsch-Dumckerschen Agitationsleiter nicht voraus, aber im Interesse seiner Organisation würde es doch liegen, wenn er in der fraglichen Geldangelegenheit recht stille wäre, denn damit können die Hirsche sicherlich keine Seide spinnen. Daß der Verband vom Gewerkeverein Geld nötig haben sollte, ist tatsächlich lächerlich für jeden, der die Klassenverhältnisse der beiden Organisationen kennt. An den Gewerkeverein ist noch nie das Verlangen gestellt worden, für Verbandsmitglieder Streikunterstützung zu zahlen, dagegen ist das Umgekehrte schon eingetreten. Vielleicht erinnert sich Herr Renner noch, daß wir im vorigen Jahre in Kattowik acht Gewerkevereiner Streikunterstützung zahlten, darunter einem, der schon seit 16 Jahren bei den Hirschen organisiert war. Mit unserer Forderung von 9 Mk. an den Gewerkeverein verhält es sich so, daß dem Kassierer des Ortsvereins schon im Mai d. J. eine detaillierte Rechnung zugestellt wurde, mit dem Bemerkten, daß er die Originalrechnung der Druckerei jederzeit einsehen könne. Bis jetzt ist aber nichts gezahlt worden, dagegen wurde uns von Mitgliedern des Gewerkevereins erklärt, daß in der Lokalfabrik ein Teil sei, und erst an den „Gewerkeverein“ berichtet werden müsse. Wo ist also der Dalkes? Bemerk sei übrigens, daß der christliche Verband seinen Kostenanteil sofort anstandslos bezahlet hat. Wie sehr Herr Renner von den Mitgliedern des Gewerkevereins geschätzt wird, beweist wohl ein Vorfall in Riegnitz. An der Lohnbewegung der Klavierarbeiter, die sich kürzlich dort abspielte, waren auch acht Gewerkevereiner beteiligt. Diese erklärten kategorisch, daß sie auf die Mitwirkung Renners verzichteten und nur in Gegenwart unseres Gauvorstehers Dietrich verhandeln wollten. Die Fähigkeiten des Agitationsleiters Renner werden also von seinen Schutzbefohlenen gebührend eingeschätzt, und daran können auch die Gewerkeprodukte nichts ändern, die er in der „Sache“ abladet.

Oberstein. Zu der Notiz in Nr. 45 der „Holzarbeiter-Zeitung“ sendet uns Herr Schreibereimer Reinhard Eifenschneider folgende Berichtigung: „Der betreffende Geselle, der bei mir in Rost und Logis war, verließ Samstagabends meine Wohnung und kam erst Sonntagvormittags 11 1/2 Uhr in total betrunkenem Zustand nach Hause. Er verlangte ein Butterbrot, welches ihm meine Frau mit dem Bemerkten verweigerte, daß um 12 Uhr das Mittagessen fertig sei. An diesem nahm er denn auch teil, verweigert wurde ihm das selbe also nicht. Nach dem Essen entfernte er sich wieder und kam Montagmorgens 6 Uhr nach Hause, legte sich bis 10 Uhr zu Bette und entfernte sich dann wieder. Am Dienstagmorgen erschien er erst nach zweimaligen Wecken zur Arbeit. Ich erklärte ihm, er könne weiterarbeiten, sollte sich aber ein anderes Kosthaus suchen, da ich keine betrunkenen Leute am Tische dulde. Darauf fragte er, ob er den Dienst sofort verlassen dürfe, womit ich mich einverstanden erklärte. Daß die Entlassung erfolgt ist, weil der Geselle eine sozialdemokratische Zeitung halte, ist unwar.“

Obernau. Am 11. November fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher unter anderem auch die Verhältnisse in der Möbelfabrik von Otto Methold besprochen wurden. Vor zwei Jahren wurden gelegentlich eines Fabrikfalls von dem Unternehmer an die über zehn Jahre beschäftigten Kollegen Sparkassenbücher mit Einlagen von 30 bis 100 Mk. verteilt. Es könnte nichts schaden, wenn sich die Kollegen einmal ausdrückten, was da auf die Woche kommt. Bei seiner Festansprache hat der Unternehmer

betont, daß er es bloß seinem alten Stamm zu verdanken habe, daß er so emporgekommen sei. Das hindert aber Herrn Weinhold nicht, die alten Kollegen (Familienväter von fünf Kindern) durch jüngere Arbeitskräfte zu ersetzen. Der Vorsitzende unterzog die Firma Weinhold einer scharfen Kritik. Es sei jetzt in genannten Betrieb die Kolonnenarbeit eingeführt, mit Hilfe deren die Arbeit noch bis unter die Hälfte billiger geliefert werden solle. Könnten die Kollegen das nicht, so würden sie von Herrn Weinhold mit allerhand Schimpfwörtern bedacht, als Mistvieger, Faulenzer usw., wie es einem Kollegen, welcher elf Jahre lang in dem Betrieb gearbeitet hat, ergangen ist. Weiterhin Herr Weinhold in den 25 Jahren so sehr emporgekommen sei, möchte er wohl in den nächsten 25 Jahren die Arbeiter noch mehr auslaugen und schinden. Ist dieses geschehen, dann können sich die Arbeiter die Fabrik von außen ansehen. Weiter hieß es in einer Broschüre, daß ein circa 50 Mann gelehrter Arbeiter jetzt Wochenlöhne von 24, 25, 26 und 30 Mk. gezahlt würden! — Dieses stimmt auf keinen Fall, da höchstens einem kleinen Bruchteil der Kollegen der hohe Lohn gezahlt würde. Weiter hieß es, daß Herr Weinhold ein sehr verständiger, weitblickender Mann sein müßte; den Beweis hierfür habe Herr Weinhold ja jetzt in diesen Fällen bewiesen, auch voriges Jahr, als der Vertrauensmann gemahregelt wurde. Sollte sich Herr Weinhold nicht ändern, so sei es nicht ausgeschlossen, daß noch mehr Kollegen den Weinholdischen Staub von ihren Füßen schütteln würden. — An derartigen Verhältnissen sind aber die Kollegen zum großen Teil selber schuld, und besonders diejenigen, die erst vor kurzem dem Verband den Rücken kehrten, weil der wöchentliche Beitrag zu hoch war. Statt daß die Leute darauf bedacht wären, ihre Lage zu verbessern, die Mißstände in der Fabrik zu beseitigen, kehren sie der Organisation den Rücken. Auch die Organisatoren sollten etwas mehr Rückgrat besitzen. Kollegen, wolle ihr bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen, dann muß die Parole heißen: „Streck in den Deutschen Holzarbeiterverband. Einer für alle, alle für einen.“

Sapientia. (Drechsler.) In der am 6. November abgehaltenen gut besuchten Versammlung der Sektion der Drechsler wurde Stellung genommen zu der von den Leipziger Kollegen angeregten Drechslerkonferenz. Nach reger Diskussion schloß sich die Versammlung einstimmig dem Antrag der Leipziger Kollegen auf Einberufung einer Drechslerkonferenz an. Die Leipziger Sektion wurde ersucht, weitere Schritte beim Hauptvorstand in dieser Sache zu veranlassen. Daß seit Jahren sich die Drechsler Deutschlands in einer traurigen Lage befinden, kann wohl nicht bestritten werden, aber in den letzten fünf Jahren sind hier die Fabriken, in denen die Maschinenartikel angefertigt werden, wie Pilze aus der Erde gewachsen. So waren vor fünf Jahren kaum 20 Drechsler am Orte beschäftigt, heute sind es an 80, wobei die Lehrlinge nicht mitgezählt sind. Die Löhne sind in den fünf Jahren von Jahr zu Jahr gesunken; an diesen traurigen Verhältnissen sind aber auch die Kollegen schuld durch ihre Gleichgültigkeit; in jeder Fabrik gibt es verschiedene Preise. Diese Verhältnisse müßten doch endlich den Kollegen die Augen öffnen, sie sollten einsehen, daß sie nicht dazu da sind, für jeden Schundpreis zu arbeiten. Da jeder Fabrikant die Arbeitskräfte des anderen genau kennt, so ist es kein Wunder, wenn die besser bezahlten Kollegen fortwährend Abzügen ausgesetzt sind, mit der Begründung, daß die Drechsler der anderen Firmen bedeutend billiger arbeiten. Demgegenüber sollten die Kollegen bestrebt sein, einigermassen gleiche Arbeitskräfte zu erzielen. Alle müssen sich dem Verband anschließen und vollständig die Versammlung besuchen; sind es doch gerade die Kollegen, welche dem Verband fernstehen, denen die schlechtesten Löhne gezahlt werden. Der Hauptpunkt auf der Tagesordnung der Konferenz müßte die Agitation sein, auch dürfte einmal ein energisches Wort in der Affordfrage gesprochen werden. Nur allzu wahr ist es, daß die Kollegen selber gern in Afford arbeiten und draußlos schinden wie verrückt, um ihr Einkommen zu verbessern. Kommt die Konferenz zustande, so muß alles aufgegeben werden, um unsere Berufsverhältnisse zu verbessern.

Schrobenhausen. Am 11. November fand hier eine auch von Ingolstädter und Nibacher Kollegen gut besuchte Versammlung statt, in welcher die Gründung einer Zahlstelle vollzogen wurde. 23 Kollegen gehören derselben bereits als Mitglieder an. Kollege A. Kechner wurde als Bevollmächtigter, Kollege Jos. Bichle als Kassierer gewählt. Nachmittags fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Heide-München über „Die Kämpfe und Erfolge des Holzarbeiterverbandes“ referierte. Leider waren die Säger und Korzarbeiter nur schlecht vertreten, obwohl gerade sie bei 11 bis 18 stündiger Arbeitszeit und Löhnen von 1 bis 2 Mk. arbeiten müssen und gerade ihnen eine Gewerkschaftsorganisation zweckdienlich wäre. Die Versammlungen finden Sonntagmorgens ⁹/₁₀ Uhr im Gasthof Jacher statt.

Strasburg. Am Sonntag den 11. November, morgens 10 Uhr, sprach in einer sehr gut besuchten Versammlung der Holzarbeiter Strasburgs der Kollege Laurent Meyer über die Lage der Holzarbeiter Strasburgs und wie können wir dieselbe verbessern. In circa 250 Betrieben seien ungefähr 1400 Holzarbeiter, und zwar unter den denkbar ungünstigsten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Darüber wird die Verbandsstatistik, deren Resultat Nedner für den hiesigen Ort gibt, Aufschluß geben. Nedner unterzog eine Anzahl Werkstätten einer geradezu vernichtenden Kritik. Der anwesende Beamte der Polizei hat sich die betreffenden Buden notiert, ob's was nützt, wird sich zeigen. Auch die Wohnungsverhältnisse der Stadt Strasburg wurden kritisch beleuchtet. Wer je Gelegenheit hatte, in die alten Häuser Strasburgs zu kommen, in die luft- und lichtlosen Hinterhäuser der Arbeiterviertel, der mundert sich nicht über die große Kindersterblichkeit und wird verstehen, daß der Arbeiter, der den ganzen Tag in einer staubigen, stinkenden Werkstatt gearbeitet hat, zu Hause nicht die reine gesunde Luft hat, die er unbedingt haben muß, wenn er nicht der Schwindsucht verfallen will. Die Schädlichkeiten des Affordsystems, der Überstunden und der langen Arbeitszeit wurden gebührend beleuchtet. In verschiedenen Werkstätten wurde diesen Sommer im Afford große Menschenmögliche geleistet, während jetzt schon eine große Zahl von Arbeitern auf dem Pflaster liegen. Wie können wir unsere Lage verbessern? Indem wir uns gewerkschaftlich und politisch organisieren. Wenn jeder Kollege es

sich zur Pflicht macht, die noch Fernstehenden aufzuklären, so wird und muß es uns gelingen, in Strasburg bessere Zustände herbeizuführen. Deshalb auf zur Agitation für den Deutschen Holzarbeiterverband.

Stuttgart-Gannstatt. In einer gut besuchten öffentlichen Modellschreinerversammlung sprach am 10. November in Gannstatt Kollege Kohl über das Thema: „Verschiedene Lohnsysteme“. In anderthalbstündigem Vortrag erläuterte Nedner die verschiedenen Lohnsysteme und ihren Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Besonders interessant waren die Ausführungen über das bei uns noch wenig bekannte Prämienystem. Allseitige Anerkennung belohnten den Nedner für seine trefflichen Ausführungen. In der Diskussion sprachen sich verschiedene Nedner gegen die bei uns vielfach eingeführte Affordarbeit aus und bewiesen an der Hand verschiedener Vorkommnisse die Schädlichkeit dieses Systems für die Modellschreiner. In bezug auf Agitation wurde der Sektionsleiter beauftragt, sich mit dem Gauvorstand in Verbindung zu setzen zwecks Einleitung einer planmäßigen Agitation unter den Modellschreiner im Gau Stuttgart. Möge diese Agitation von Erfolg begleitet sein, denn eine Besserung ihrer Lage haben die Modellschreiner in allen Orten des Gau's dringend notwendig.

Thorn. In unserem von den Spießern als die „Weichselkönigin an der russischen Grenze“ vielbesungenen Städtchen herrschen in manchen Betrieben auch nahezu russische Verhältnisse. So besonders in den Werkstätten von Borkowski und Schröder, notorischen Scharfmachern, die ja beim letzten Streik nichts weniger als die Auszuhängerung der Kollegen beabsichtigten, was ihnen allerdings nicht gelingen ist. Diese Werkstätten werden allerdings von den Kollegen nach Möglichkeit gemieden. Dabei bringt es in dem Betrieb von Borkowski ein Kollege Maczinski und bei Soppart, auch einem solchen Musterbetrieb, ein Kollege Rückert fertig, den Kollegen von der Organisation abzuraten. Auch der Hirsch-Dundersche Kollege Hinz spielt keine einwandfreie Rolle, ließ er doch die Äußerung fallen, daß die Unternehmer trotz des Tarifs nach Guldänten zahlen könnten. Bedauerlich ist, daß die Kollegen in drei Organisationen gespalten sind. Wozu noch Hirsch-Dundersche und national-polnische Gewerkschaften, die doch nichts leisten können und uns nur schädigen? Ein Freund der letzteren Organisationen ist Konkolowski, der den Kollegen schon 45 Pf. Stundenlohn versprach, falls sie aus dem Verband austräten. Dabei wollte er aber kürzlich einem ausgeleiterten Kollegen nur 24 Pf. Stundenlohn gewähren, obwohl der Minimallohn 30 Pf. beträgt. Unter all diesen Verhältnissen haben die Kollegen, besonders die jüngeren, sehr zu leiden. Gerade diese haben aber für den Verband das geringste Interesse, und sie besuchen lieber die Tanzsäle und Alkoholgelage als die Verbandsversammlungen. Würden die Kollegen alle fleißig im Verband mitarbeiten, so würden wir bald günstigere Verhältnisse erkämpfen können.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Veranlassung geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Eschtern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Braun-schweig, Solberg (Archeib & Behnte), Halberstadt, Höchst am Main, Rattowitz (Grünfeld), Diegnitz (Rauhahn), Lüneburg, Magdeburg (Mundlos & Co.), Schlichtern, Solingen (Fischer), Weinheim (Schaab), Zürich;**
- Eschtern und Maschinern nach Berlin (Bell & Cie.), Schwerin (Foschmann & Seibert), Guben, Bergina, Stuttgart;**
- Eschtern, Degen, Helms, Jahn und Hilfsarbeitern nach Lauterbach, Lübeck, Pyrmont;**
- Eschtern und Scharfmachern, Eschtern, Polierern, Drechsler, Bildhauern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Geringswalde, Gartha, Weiszig, Schweikershain, Walheim;**
- Parfettbodenlegern nach Lübeck;**
- Drechsler nach Berlin (Walter, Skante, Panitsch);**
- Gartgummidrechsler nach Berlin;**
- Kammachern nach Berlin;**
- Wärstemaschinen nach Berlin (Zinnungsnachweis), Schöne-heide;**
- Wandmachern nach Wittstock, Zehdenick (Kappel);**
- Knopfmachern und Perlmutterarbeitern nach Berlin;**
- Modellistischer nach Dortmund (Reich);**
- Vergolbern nach Lauterbach, Budapest.**

In Apolda haben unsere Kollegen der Organisation abermals einen schönen Erfolg zu verdanken. Gemeinsam mit den Gewerksvereiner verlangten sie bei der Firma Ruppe & Sohn (Motorbau- und landwirtschaftliche Maschinentabrik) eine Lohnaufbesserung um 5 Pf. pro Stunde. Es fanden gemeinsame Werkstättenversammlungen statt, wo unser Kollege Pape-Grfurt und der Beamte der Gewerksvereiner anwesend waren. Herr Ruppe erklärte sich nach längerer Überlegung bereit, mit der Lohnkommission zu verhandeln, und bewilligte schließlich 4 Pf. pro Stunde im Durchschnitt. Die Kollegen mühten sich aber verpflichten, innerhalb Jahresfrist keine neuen Forderungen zu stellen. Bewiß ein Erfolg, mit dem man zufrieden sein kann. Wünschen möchten wir nur, daß die Gewerksvereiner überall so reell handeln, wie hier die verhältnismäßig junge Organisation gehandelt hat. Im übrigen ist es Ehrenpflicht jedes Kollegen, das in diesem Jahr erkämpfte zu erhalten.

In Berlin haben von den Perlmutterarbeitern bis zum 3. November 132 Kollegen in 12 Betrieben die Forderungen bewilligt erhalten und 54 Kollegen befanden sich noch im Streik. Bis zum 17. November hat sich die Zahl auf 28 vermindert. Gesperrt sind nur noch die Betriebe von Ortnot und von Gebach. Die drei Firmen Regler, Klar & Schulz und Abramowski haben die Forderungen anerkannt. Im letzteren Betrieb ist die Arbeit schon vor drei Wochen niedergelegt worden, weil Abzüge bei den

Polierern versucht wurden und wegen der Unterbrechung über die Differenzen die Entlassung des Vertrauensmannes erfolgte. Als später die Lohnbewegung der Branche begann, legten die Streikenden der Firma die allgemeinen Forderungen vor, die nun bewilligt worden sind. Bei Klar & Schulz verzögerte sich die Wiederaufnahme der Arbeit, weil sich die Firma weigerte, einen Arbeitswilligen zu entlassen. Am 17. November arbeiteten zu den neuen Bedingungen 168 Kollegen in 15 Werkstätten. Der Sekretär Rasse vom Verband der Berliner Metallwarenfabrikanten, welchem sich die Perlmutterfabrikanten sowie auch die Kammfabrikanten angeschlossen haben, hat eine Schwarze Liste der Streikenden veröffentlicht. Ähnlich wie im Metallgewerbe sollen die darauf verzeichneten Personen dauernd keine Arbeit erhalten. Bei der Aufstellung der Liste ist man aber sehr gewissenlos zu Werke gegangen, denn nicht nur die Streikenden, sondern alle Perlmutterarbeiter, auch die, die nicht mitgestreikt haben, darunter Leute, die seit Jahren nicht mehr in der Branche arbeiten, sind in die Liste aufgenommen worden. Bis jetzt können wir feststellen, daß noch kein Arbeiter Scherereien wegen der Liste hatte. Sollte es aber eintreffen, daß aus diesem Grunde Maßregelungen stattfinden, so würden dadurch von neuen Differenzen entstehen. Der Holzarbeiterverband wird gegen jeden Unternehmer entschiedenen Stellung nehmen, der auf Grund der Schwarzen Liste Maßregelungen vornehmen sollte.

Der Streik der Berliner Kammacher dauert unverändert fort, jedoch hat sich die Zahl der Streikenden weiter vermindert. Während am 3. November 178 Kollegen aus 14 Betrieben streikten, sind jetzt nur noch 83 Kollegen aus den 7 Werkstätten Beck, Schweizer, Nibel, Verbig, Tesche, Döblin und Thomas & Krafer im Streik. Seit dem 8. November wurden die Forderungen ganz oder teilweise bewilligt bei Streith, Brahn, Rudich & Redlich, Grünberg, Bloch, Brauer und Jander mit 94 Kollegen. In den arbeitenden Betrieben sind ferner 15 weitere Kollegen eingestellt worden. Bis zum 17. November haben insgesamt 19 Betriebe mit 265 Kollegen die Forderungen anerkannt. Der Kampf nimmt täglich an Schärfe zu. Die gesperrten Betriebe versuchen mit ungelerten Arbeitern den Betrieb weiter fortzuführen. Da die Werkstätten auch teilweise mit Arbeitswilligen besetzt sind, haben die Streikenden einen schweren Stand. Die Polizei vertreibt die Streikenden und läßt den Streikbrechern den weitestgehenden Schutz angeheihen. Der Arbeitsnachweis der Berliner Metallwarenfabrikanten versorgt die Kammfabriken mit Arbeitskräften, die jedoch alle erst angelehrt werden müssen. Die Streikenden rechnen deswegen auch in diesen Betrieben noch auf einen Erfolg.

Die Verhandlungen der Berliner Schlichtungskommission über die neuen Vertragsbedingungen haben eine Unterbrechung erfahren. In der am 14. November abgehaltenen Sitzung wurde über einen Konflikt im paritätischen Arbeitsnachweis verhandelt. Die Ursache war, daß die Unternehmer, ohne sich mit dem Holzarbeiterverband zu verständigen, von den nichtorganisierten Unternehmern 1 Mk. Gebühr für jeden vermittelten Gesellen erheben wollten. Der Zweck war nur, sie in die Organisation hineinzuzwingen. Als sie damit nicht durchkamen, verlangten sie, daß nach auswärts nicht mehr vermittelt werden soll.

Solange der paritätische Arbeitsnachweis besteht, sind hin und wieder einzelne Nachfragen nach Arbeitskräften von auswärtigen Unternehmern eingelaufen. Solche Stellen sind auch stets ausbezogen beziehungsweise besetzt worden, ohne daß von irgend einer Seite dagegen Einspruch erhoben wurde. Die Arbeitsvermittlung nach auswärts war übrigens so gering, daß sie auf den Berliner Arbeitsmarkt nicht den geringsten Einfluß ausübte. Durchschnittlich sind ungefähr fünf Stellen wöchentlich nach auswärts vermittelt worden, während für Berlin und die Vororte in der Saison bis 200 Stellen täglich vermittelt werden. In den letzten 6 Wochen hat nur eine Möbelfabrik in Gufum nach und nach 29 Arbeiter vom paritätischen Arbeitsnachweis zugewiesen erhalten. Hiergegen erhob Obermeister Rahardt Einspruch. Er verlangte von den Arbeitsvermittlern — das sind zwei Meister und drei Mitglieder des Holzarbeiterverbandes —, daß keine Gesellen nach Gufum geschickt werden. Die Leitung des Holzarbeiterverbandes sagte dagegen: Wenn der Obermeister Änderungen in der Geschäftsführung des paritätischen Arbeitsnachweises wünscht, so hat er sich an das Kuratorium des Arbeitsnachweises beziehungsweise an die Schlichtungskommission zu wenden. Herr Rahardt selbst hat aber kein Recht, persönlich irgend welche Anordnungen hinsichtlich der Arbeitsvermittlung zu treffen, diese wird vielmehr, ehe nicht die Aufsichtsinstanzen des Arbeitsnachweises etwas anderes bestimmen, in der bisher üblichen Weise weitergeführt. Hierauf hat Herr Rahardt verfügt, daß die beiden von den Meistern gestellten Arbeitsvermittler ihre Tätigkeit im paritätischen Arbeitsnachweis einzustellen haben. Das ist denn auch am Dienstag geschehen.

In der Schlichtungskommission debattierte man lange und heftig über diese Angelegenheit. Obermeister Rahardt stellte sich auf den Standpunkt: Der paritätische Arbeitsnachweis ist nur für Berlin und Umgegend eingerichtet, wir zahlen 8000 Mark zu den Kosten desselben und verlangen deshalb, daß nur uns Arbeitskräfte nachgewiesen werden. Die auswärtigen Arbeitgeber gehen uns gar nichts an. Wir haben in Berlin Mangel an brauchbaren Arbeitskräften und können deshalb nicht zugeben, daß nach auswärts vermittelt wird. — Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes sagten dagegen: Bewiß ist der paritätische Arbeitsnachweis laut Vertrag für Berlin und Umgegend eingerichtet. Wir haben auch gar nicht die Absicht noch das Interesse, ihn zu einem Zentralarbeitsnachweis für das Reich auszuweiten zu lassen. Das kann ja auch ohne Zustimmung des Gegenpartei gar nicht geschehen. Die gelegentliche, übrigens sehr geringe Vermittlung nach auswärts ganz einzustellen, geht jedoch nicht an, denn es muß uns möglich sein, unsere Mitglieder, die Berlin auf der Durchreise berühren, hier aber nicht arbeiten wollen, Arbeit nach außerhalb zu vermitteln. Die Vermittlung nach außen ist früher von dem Arbeitsnachweis der Innung wie auch von dem des Holzarbeiterverbandes geübt worden und nach der Zusammenlegung der beiden Arbeitsnachweise beibehalten worden. Die Arbeitgeber hatten auch gegen die Vermittlung bisher nichts einzuwenden, sie

verlangten nur, daß für jede derartige Vermittlung eine Gebühr von 1 Mt. erhoben wird, und der Holzarbeiterverband hat sich bereit erklärt, diese Gebühr auf seine Kasse zu übernehmen. Aus diesen Gründen ist also gegen die gelegentliche Befragung auswärtiger Stellen nichts einzuwenden. Wenn der Obermeister in den Vermittlungen nach Husum etwas ganz Besonderes zu erblicken glaubt, so ist das nichts als eine unbegründete Schwarzseherei. Die Vermittlungen nach Husum konnten übrigens nur deshalb ausgeführt werden, weil Herr Bry — ein sehr einflussreiches Vorstandsmitglied der Unternehmerorganisation und Mitglied der Schlichtungskommission — auf dem Arbeitsnachweis das Reisegeld für die nach der Husumer Firma, einer Geschäftsfreundin des Herrn Bry, vermittelten Arbeiter hinterlegte. Hiernach konnte doch niemand annehmen, daß die Arbeitgeber an diesen Vermittlungen Anstoß nehmen. — Trotz dieser klaren Darlegungen der Sachlage hielt es schwer, zu einer Verständigung über die vorliegende Streitfrage zu kommen, weil man auf der Seite der Arbeitgeber den Vertretern der Arbeiter mit unbegreiflichem Mißtrauen gegenüberstand. In welcher Richtung sich dieses Mißtrauen bewegte, das kam erst gegen Schluß der Debatte klar erkennbar zum Ausdruck. Die Meister glauben nämlich, daß der Holzarbeiterverband seine Mitglieder angewiesen habe, mit Rücksicht auf die Tarifverhandlungen und etwaige Kämpfe, die daraus resultieren könnten, keine Arbeit in Berlin anzunehmen, sondern möglichst auswärts in Arbeit zu treten. Die Arbeitsvermittlung nach Husum ist für die Meister — obgleich Herr Bry dabei mitgewirkt hat — ein Zeichen dafür, daß die Abschlebung der Arbeitskräfte nach außerhalb bereits vor sich geht. Auf eine in diesem Sinne gehaltene Frage, die Obermeister Kahardt an Glocke richtete, antwortete Glocke: „Wenn es zum Kampf kommt und wir einen Abzug nach auswärts für nötig halten, dann fordern wir unsere Kollegen öffentlich dazu auf. Es fällt uns aber gar nicht ein, eine solche Aufforderung unter der Hand ergehen zu lassen, solange wir ein Vertragsverhältnis mit Ihnen haben. Wenn Sie aber, wie das jetzt geschieht, uns mit Mißtrauen begegnen und uns Unterstellungen der größten Art machen, dann hat weder der Vertrag noch der paritätische Arbeitsnachweis einen Wert. Dann können wir die Dinge laufen lassen, wie sie wollen. Es ist mir sehr gleichgültig, ob der paritätische Arbeitsnachweis gelegentlich einen Arbeiter nach auswärts schiebt oder nicht. Wenn Sie aber in Ihrer Schwarzseherei die Dinge so aufbauschen, dann machen Sie unsere Kollegen süchtig, und diese müssen dann denken, daß Sie etwas im Schilde führen. Wir haben bis jetzt noch niemand angewiesen, in Berlin keine Arbeit zu nehmen und nach auswärts zu gehen.“ — Nachdem man länger als drei Stunden debattiert hatte, einigte man sich dahin, daß Arbeitsvermittlungen nach auswärts in Zukunft geschieden können, jedoch nur in dem Maße, wie es vor den Vermittlungen nach Husum der Fall war. — Zu den Tarifverhandlungen, wegen deren die Sitzung angefeuert war, kam es nicht mehr.

Zu Bielefeld hat sich Anfang November eine Lohnbewegung in der Nähmaschinen- und Fahrzeugindustrie abgespielt. Am 1. November reichten die Arbeiterausschüsse der fünf großen Betriebe im Auftrag des Metallarbeiter- und Holzarbeiterverbandes die Forderung auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und entsprechende Lohn- beziehungsweise Abforderhöhung ein. Unten 10. November antworteten die Unternehmer den Ausschüssen und erklärten sich zu einigen Zugeständnissen bereit, die aber durch weitere Verhandlungen noch etwas erweitert wurden. Am 12. November beschäftigten sich fünf überfüllte Versammlungen mit dem Ergebnis der Verhandlungen und wurden unter Zusammenfassung des Gesamtergebnisses die Zugeständnisse mit glanzvoller Mehrheit angenommen. Damit ist ohne Kampf der Zehnstündentag in der hiesigen Industrie durchbrochen und sind einheitliche Arbeitsverhältnisse in diesen Betrieben geschaffen. Am 1. Januar treten folgende Bedingungen in Kraft: 1. In den fünf Nähmaschinen- und Fahrradwerken (Baer & Kumpel, Düker & Co., Akt.-Ges., Hengstenberg & Co., Akt.-Ges., H. König & Co., Akt.-Ges., und August & Bräcker) wird die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden pro Tag (oder 56 1/2 Stunden pro Woche) verkürzt. Die Pausenzeit ist in dieser Arbeitszeit mit einbegriffen. 2. An den Sonntagen wird in gewohnter Weise die neunstündige Arbeitszeit beibehalten. 3. An den Tagen, welche den Festen Weihnachten, Ostern und Pfingsten vorhergehen, wird ohne Mittagspause bis 2 Uhr durchgearbeitet und dann geschlossen. 4. Die Arbeitszeit wird für alle Betriebe bergehalten festgelegt, daß die tägliche Arbeitszeit während des ganzen Jahres morgens 6 1/2 Uhr beginnt und abends 6 Uhr endet unter Fortbestehen der anderthalbstündigen Mittagspause und je einer Viertelstunde Frühstück- und Vesperpause. 5. Die Stundenlöhne erfahren eine Erhöhung von 5 Prozent, die Abforderhöhen werden nicht erhöht. 6. Überstunden sollen vergütet werden, und zwar überstunden bis 10 Uhr abends mit 10 Pf., nach 10 Uhr abends mit 20 Pf. und Sonntagsarbeit mit 30 Pf. pro Stunde. 7. Arbeiterausschüsse werden in Betrieben der genannten Werke, in welchen diese Einrichtung noch nicht besteht, eingesetzt werden. — Besonders unangenehm empfunden wurde es, daß eine Erhöhung der Abforderhöhen im allgemeinen abgelehnt wurde, dafür gaben aber die Betriebsleitungen einzeln das Versprechen, die besonders niedrigen Abforderhöhen nach Rücksprache mit den Meistern aufzubessern. Rein oberflächlich betrachtet ist zunächst einmal eine halbständige Arbeitszeitverkürzung und Regelung der Arbeitsverhältnisse und Besserbeziehung der Überstunden erreicht. Daß die Verdienste weiter steigen werden und müssen, ist eine ganz selbstverständliche Erscheinung in allen Orten, wo die Organisationen sicher vorwärts schreiten. Wenn es auch nicht gelungen ist, sämtlichen berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen, so ist aber zu bedenken, daß besonders für den Maschinenbetrieb von Düker ganz bedeutende Vorteile durch die Bewegung herausgesprochen sind. Denn gerade in diesem Betrieb mit circa 3000 Arbeitern war bisher nichts Einheitliches zu erreichen. Insgesamt kommen diese Fortschritte für 5200 Metallarbeiter, 534 Holzarbeiter und etwa 200 Arbeiter anderer Berufsgruppen in Betracht. — Wie sehr aber dieser Vorstoß auch zum Vorteil der Arbeiter anderer industrieller Unternehmen dient, geht schon daraus hervor, daß in diesen Tagen bereits 8 weitere Fabriken mit circa 600 Arbeitern dieselben Zugeständnisse gemacht haben. Und es unterliegt wohl keinem

Zweifel, daß in der gesamten Eisenindustrie mit insgesamt 10000 Arbeitern vom 1. Januar ab die 9 1/2 stündige Arbeitszeit usw. eingeführt wird, und zwar ohne Kampf. Die Wirkungen auf die Textilindustrie werden nicht ausbleiben. — Von unseren Kollegen, von denen gut 600 in der Industrie und 550 in kleineren Betrieben usw. beschäftigt sind, gehören über 1000 dem Holzarbeiterverband an. Es gilt durch ruhiges Weiterarbeiten weiteren Erfolgen die Bahnen zu ebnen. — Den Kollegen der Orte aber, in denen Nähmaschinen hergestellt werden, möchten wir empfehlen, gleichfalls sich zu rühren, damit auch sie zu einer Aufbesserung ihrer Verhältnisse kommen.

Zu Blomberg mußte die Lohnbewegung der Stuhlbauer, Polierer und Drechsler von Ramm & Comp. am 15. November abgebrochen werden. Grund zu diesem Schritt war das schroffe Verhalten einiger Kollegen, die zu Verrätern ihrer eigenen Sache geworden waren. Diesen Kollegen haben wir es auch zu verdanken, daß wir uns mit einer Lohnaufbesserung von nur 5 Prozent zufrieden geben mußten. Leider sind noch drei Kollegen ausgeperrt, hoffentlich werden auch diese noch eingestellt. Den Kollegen von Blomberg aber rufen wir zu, sich immer enger zusammenzuschließen, auch aus diesem Kampfe die Lehre zu ziehen, daß wenn wir einen ganzen Sieg wünschen, wir auch mit Mannesmut kämpfen müssen.

Zu Dresden ist die Lohnbewegung der Klavierarbeiter beendet. Mit einem vollen Erfolg zwar nicht, wohl aber sind in allen in Betracht kommenden Betrieben für die Arbeiter annehmbare Zugeständnisse erlangt worden. Von sämtlichen in Frage kommenden Betrieben kam es in fünf zu ernsteren Differenzen. Zwei Unternehmer einigten sich noch im letzten Augenblick mit ihren Leuten, nur in drei Betrieben kam es zum Streit. In zwei Betrieben wurde der Kampf nach 2 resp. 4 Tagen beendet, nur bei der Firma Kuhse dauerte er längere Zeit. Nach drei Wochen wurde auch hier eine Einigung erzielt, so daß am 29. Oktober die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Es war der Firma Kuhse in den drei Wochen zwar gelungen, einige Arbeitswillige zu erwischen, aber nicht einen einzigen qualifizierten Klavierarbeiter oder Tischler, so daß die Einstellung sämtlicher noch streikender Kollegen bis auf zwei Maschinenarbeiter jetzt erfolgt ist. Erreicht wurde in allen Betrieben außer Kuhse die 53 stündige Arbeitszeit und Lohnerrhöhungen zwischen 2 bis 20 Prozent. Bei Kuhse tritt die 53 stündige Arbeitszeit erst am 1. April in Kraft, bis dahin wird noch 54 Stunden gearbeitet. Dazu muß bemerkt werden, daß in anderen Betrieben die Arbeitszeit meist schon 54 bis höchstens 56 Stunden war, während bei Kuhse noch 57 Stunden gearbeitet wurde. Die Hauptsache ist für uns, daß der Beschluß der Unternehmer, die 54 stündige Arbeitszeit als Norm festzusetzen, endgültig beseitigt ist und die 53 stündige Arbeitszeit als Norm gilt.

Zu Ebersfeld befinden sich sämtliche Kollegen der Firma Schiller, Bohle & Co. im Streit. Bezug von Matraken- und Gestellarbeiten ist fernzuhalten.

Zu Gumburg sind auf dem Neubau des Zentralbahnhofs Differenzen ausgebrochen. Bezug von Tischlern und Anschlägern ist fernzuhalten. — Ebenfalls sind die Firmen A. Grundziel und R. Heide für Perlmutterdrechsler zu meiden.

Zu Heilbronn haben bekanntlich die Klavierarbeiter an die 4 in Betracht kommenden Unternehmer einige Forderungen gestellt. Mit der ablehnenden Antwort einiger Fabrikanten waren die Kollegen natürlich nicht zufrieden, und der Gauvorstand wurde beauftragt, weitere Schritte zu unternehmen, um einen Erfolg herbeizuführen. Nunmehr teilte die Firma Nagel mit, daß sie erst im Sommer bei einigen Branchen Lohnerrhöhungen habe eintreten lassen; die Firma Bieger erklärte sich bereit, eine 5prozentige Lohnerrhöhung zu bewilligen. Die Firma Abel & Rechleiter war sehr erstaunt, daß ihre Arbeiter den Gauvorstand zur Vermittlung beauftragt haben sollen, sie könne solche Angelegenheiten nur persönlich oder durch den Geschäftsausschuß regeln. Später wurde der Gauvorstand von der Firma Glas & Co. zu einer Besprechung eingeladen, bei welcher Gelegenheit eine durchgehende Aufbesserung erzielt wurde. Bei der Firma Abel & Rechleiter soll der Geschäftsausschuß vorstehtig werden, sobald dessen Gesundheit es erlaubt. Die Lohnbewegung wurde abgeschlossen mit einer Versammlung, in welcher eine Resolution zur Annahme gelangte, die konstatiert, daß ein teilweiser Erfolg erzielt wurde. Die Schuld daran, daß kein voller Erfolg erzielt wurde, ist den Arbeitern beizumessen, die es bisher veräumelten, sich dem Verband anzuschließen. Bei der Firma Nagel werden immer noch die niedrigsten Löhne gezahlt, der Fabrikant erklärt aber, wer für die gezahlten Löhne nicht arbeiten wolle, könne gehen. Hoffentlich merken sich die Kollegen das und meiden die Firma. Daß die Arbeiter bei Abel & Rechleiter bei der Bewegung ganz leer ausgegangen sind, ist ihre eigene Schuld, sind doch dort nur wenige Kollegen organisiert, und diese werden von den übrigen mit scheelen Augen angesehen. Die Kollegen, die glauben, sich auf den dortigen Geschäftsausschuß verlassen zu können, sind verlassen, denn nur durch die Organisation kann etwas erreicht werden.

Zu Höchst a. M. geht der Streit der Holzarbeiter weiter. Vor dem Gewerbegericht, vor welchem Verhandlungen wegen Kontraktbruch verhandelt werden sollten, ermahnte der stellvertretende Vorsitzende, Herr Bürgermeister Palleste, die beiden Parteien, zu verhandeln und die Klagen so lange auszusetzen, bis eine Einigung nicht zustande komme. Die anwesenden Fabrikanten, Herr Vogel und Rötger, ebenso der Vertreter der Arbeiter erklärten sich zu Verhandlungen bereit und wollten dem Wunsche des Vorsitzenden nachkommen. Es fanden daraufhin Verhandlungen statt, bei denen die Fabrikanten so geringe Zugeständnisse machten, daß selbige in einer Versammlung der Streikenden mit 164 gegen 5 Stimmen abgelehnt wurden. Am 19. November finden wieder Verhandlungen statt, jedoch ist kaum anzunehmen, daß da etwas herauskommt. Nach Lage der Sache ersuchen wir die Kollegen allerwärts, den Bezug streng fernzuhalten. Da die Zahl der Streikenden immer kleiner wird, da eine größere Anzahl verheirateter Kollegen auswärts in Arbeit tritt, so wird der Kampf für uns wesentlich erleichtert, und sind wir in der Lage, noch recht lange mit zusehen.

Zu Leisnig bei Mellnack erzielten die Kollegen bei der Firma Gebr. Friße ohne Kampf einen schönen Erfolg.

Die Kollegen hatten sich, der Not gehorchend, vor einem halben Jahre dem Verband angeschlossen. Am 1. November nun wurde unser Bevollmächtigter bei Gebr. Friße vorstehtig, um auch in diesem Betrieb an Stelle der elf- bis zehnständigen Arbeitszeit einzuführen und eine Lohnerrhöhung von 20 Prozent zu gewähren. Nach langwierigen Verhandlungen kam ein Vertrag mit der Firma zustande, wonach die Arbeitszeit täglich um eine Stunde verkürzt und eine Lohnzulage von 10 Prozent gewährt wird, und zwar treten diese Vergünstigungen zur Hälfte am 1. Januar und zur Hälfte am 15. Mai 1907 in Kraft. Der Vertrag gilt auf zwei Jahre. Was hier erreicht wurde, haben die Kollegen nur dem Verband zu danken.

Zu Odenburg i. Gr. erzielten die Forbmacher einen schönen Erfolg, indem sie auf die bestehenden Stücklöhne einen Aufschlag erhielten. Straffes Zuhalten zur Organisation bezweckte, daß die Arbeitgeber den ihnen vorgelegten, auch in Wulsdorf bestehenden Stücklohnstarif ohne weiteres anerkannten. Der Stundenlohn wurde bei vorkommenden Lohnarbeiten von 40 auf 45 Pf. erhöht.

Zu Stettin ist, wie bereits in Nr. 44 der „Holzarbeiterzeitung“ berichtet, eine Lohnbewegung der Bau- und Möbeltischler beendet worden, ohne daß sich eine ArbeitsEinstellung nötig gemacht hätte. Über den Verlauf der Bewegung wird uns noch geschrieben: Nach dem unglücklich verlaufenen 28-wöchigen Streit im Jahre 1897 waren unhaltbare Verhältnisse eingerissen. In einzelnen Werkstätten wurde 57, in anderen 60 Stunden gearbeitet. Die in der Folge wiederholt gemachten Versuche, die Akkordpreise mit der hiesigen Zwangsbindung ein wenig zu regeln, waren nicht ganz erfolglos, aber in bezug auf Arbeitszeitverkürzung wollten sich die Unternehmer zu keinem Zugeständnis bequemen. In einzelnen Fällen wurde wohl, wenn die Kollegen in einer Werkstätte gut organisiert waren, die 57 stündige Arbeitszeit durchgedrückt, diese Ergrümpfung ging aber bei einem Wechsel der Arbeiter oft wieder verloren. Mit der Zeit haben sich die Organisationsverhältnisse gebessert, und auch der Bezug Unorganisierter aus dem Osten ließ nach, ein Erfolg der vom Gauvorstand im Danziger Gau betriebenen Agitation. So war denn die Möglichkeit gegeben, auf der ganzen Linie vorzugehen. Allerdings ist nicht alles erreicht worden, was unsere Kollegen wünschten, immerhin haben die Verhandlungen, die sich vom Frühjahr bis jetzt hingogen, ein ganz annehmbares Resultat gezeitigt. Über den materiellen Inhalt des abgeschlossenen Vertrags haben wir bereits in Nr. 44 berichtet; hinzuzufügen ist noch, daß zur Beilegung etwaiger Streitigkeiten eine paritätische Schlichtungskommission eingesetzt ist. Es liegt nun an den Kollegen, den Vertrag liberal durchzuführen und ihn hochzuhalten. Wann weiter für die Ausbreitung der Organisation gewirkt wird, dann wird es möglich sein, künftig mehr zu erringen.

Zu Wilhelmshafen ist die in voriger Nummer gemeldete Differenz beigelegt. Der Vorgang ist aber bezeichnend für den Herrenstandpunkt der hiesigen Scharfmacher, die nicht davor zurückschrecken, aus dem kleinlichsten Anlaß einen umfangreichen Kampf zu provozieren. In dem Betrieb eines Fuhrunternehmers hatte es wegen des Verhaltens des Fuhrunternehmers Mißbilligungen gegeben und die Zahlstellenverwaltung des Transportarbeiterverbandes stellte namens der Fuhrleute das Verlangen nach Entlassung des Fuhrunternehmers. Die Antwort auf dieses Verlangen wurde vom Sekretär des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe gegeben und enthielt die Mitteilung, daß sich die Scharfmacherorganisation das Einmischen in die Betriebsverhältnisse ihrer Mitglieder verbitte. Der Fuhrmeister würde nicht entlassen und etwaige Maßnahmen der Arbeiterorganisation würden mit Gegenmaßnahmen beantwortet werden. Da auch trotz aller Bitten in dem fraglichen Fuhrwerkbetrieb keine Änderung getroffen wurde, legten die dort beschäftigten Arbeiter die Arbeit nieder. Darauf erfolgte die Aussperrung sämtlicher organisierter Transportarbeiter. Aber damit waren die Bauhewen noch nicht zufrieden; der Sekretär des Arbeitgeberverbandes ließ einen Ulaß ergehen, durch welchen die Gewerkschaftsvorstände von den Vorgesetzten in Kenntnis gesetzt und sie aufgefordert wurden, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Arbeit in dem gesperrten Fuhrwerksbetrieb aufgenommen werde, andernfalls am 12. November sämtliche organisierten Bauhandwerker ausgesperrt würden. Selbstverständlich waren die Gewerkschaften nicht in der Lage, in dem verlangten Sinne einen Einfluß auszuüben, und so wurden am Sonntag den 10. November schon, zum zweitenmal in diesem Jahre, unsere Kollegen mit den übrigen Bauhandwerkern aufs Pflaster gesetzt. Angesichts der Zwangslage haben schließlich die Transportarbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, worauf auch der Aussperrungsbeschluß aufgehoben und am 16. November die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Erklärlicherweise hat sich ob des brutalen Verhaltens der Unternehmer unserer Kollegen eine starke Aufregung bemächtigt. Wenn sie auch im gegenwärtigen Augenblick davon absehen, Repressalien zu ergreifen, so sollten sich doch die Unternehmer hüten, den Bogen zu straff zu spannen.

Aus der Holzindustrie.

Eine Vereinigung deutscher Möbeltischler

ist nunmehr am 14. November in Berlin gegründet worden. Die Grundzüge für diese neue Organisation waren bekanntlich in einer Vorbesprechung in Erfurt festgelegt worden. Diese Organisation soll eine Vereinigung der Großisten und Fabrikanten in der Möbeltindustrie herbeiführen, um deren besonderen Interessen in der Richtung des Kredit- und Verpackungswesens sowie des Möbeltransportes mit Aussicht auf Erfolg wahrzunehmen und den Arbeitern geschlossen entgegenzutreten zu können. Auf Grund der Vorschläge der in Erfurt eingesetzten Statutenkommission wurden die Statuten für die neue Vereinigung nach eingehender Beratung angenommen. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Schildknecht (Epple & Egg) Stuttgart, Fleischmann-Berlin, Direktor Schrader-Deffau, Wenzel-Berlin, Kanzler-Weißig, Wittlich-Osnabrück, Rötger-Schiff a. M., sowie in den Vorstandsrat die Herren Neumann-Altona, Wotig (in Firma G. Pfaff)-Berlin, Dr. Schöttler-Stuttgart, Gerstenberger-Frankfurt a. O., Mathen-Berlin, Haberholz-Mühlhausen i. G., Leer-Darmstadt und Plato-Berlin. Der Vorstand konstituierte sich am 15. November.

tuterte sich dahin, daß zum Vorstehenden Herr Fleischmann, zum Stellvertreter Herr Schildnecht, zum Schriftführer Herr Direktor Schrader, zum Stellvertreter Herr Kanzler, zum Kassierer Herr Brzewski, Herr Wetter-Stuttgart zum Beisitzer ernannt wurden.

Wie wir sehen, sind die Unternehmer fortgesetzt an dem Ausbau ihrer Organisation tätig. Mögen sich unsere Kollegen an ihnen ein Beispiel nehmen und unablässig für den Verband agitieren.

„Die Eiche“, das Organ des Gewerkschaftsvereins der Tischler (Hirsch-Dunker) bezweifelt „bei der bekannten Wahrheitsliebe der Solzarbeiter-Zeitung“ unsere Angabe, wonach seit dem Leipziger Verbandstag — 589 Mitglieder des Gewerkschaftsvereins in unseren Verband übergetreten sind.

In der neuesten Nummer der „Eiche“ beschäftigt sich ein Herr H. Kleine-Görlich mit unserer in Nr. 44 erfolgten Abwehr auf die Angriffe der „Eiche“.

Eine Konferenz der Stuhlarbeiter Württembergs fand am 4. November in Backnang statt, welche von den Orten, in welchen die Stuhlindustrie nennenswert vertreten ist, besetzt war.

Die Düsseldorfener Unternehmer der Holzindustrie, soweit sie im Arbeitgeberverband und der Schreinerinnung organisiert sind, beschlossen einstimmig, die Verkaufspreise sämtlicher Schreinerarbeiten ab 1. November um wenigstens zehn Prozent zu erhöhen.

Die Deutsche Holzindustrie-Akt.-Ges. in Gossentin bei Neustadt in Westpreußen erhöht ihr Aktienkapital von 500 000 auf 1 000 000 Mk. und nimmt außerdem eine zu 4 1/2 Prozent verzinsliche und zu 102 Prozent rückzahlbare Anleihe von 500 000 Mk. auf.

D. Fuchs, Waggonfabrik Akt.-Ges., Heidelberg. In der Generalversammlung wurde von der Verwaltung mitgeteilt, daß die Gesellschaft zu guten Preisen reichlich beschäftigt sei.

Gewerkschaftliches.

Der internationale Arbeiterkongress findet einem Beschluß des Internationalen Sozialistischen Büreaus zufolge vom 25. bis 31. August 1907 in Stuttgart im großen Saale der „Liederhalle“ statt.

schaftlichen Organisationen. 5. Die Kolonialfrage. 6. Arbeiterauswanderung und Einwanderung. — Jeder Delegierte zum Kongress hat 10 Fr. Beitrag zu zahlen.

Der Transportarbeiterverband erhält neuen Zuwachs. In einer am 18. November stattgefundenen Versammlung hat der „Verein der Kutscher vom öffentlichen Fuhrwesen“ in Hamburg mit allen gegen eine Stimme seinen Anschluß an den Transportarbeiterverband beschlossen.

Der fünfte elsass-lothringische Gewerkschaftskongress tagte am 11. November in Colmar. Aus dem Bericht der elsass-lothringischen Zentralkommission geht hervor, daß neben einigen kleinen organisatorischen Mißerfolgen die Gewerkschaftsbewegung ganz hübsche Fortschritte gemacht hat.

Die Zahl der christlichen Gewerkschaftskartelle ist nach dem neuesten Verzeichnis in Nr. 22 des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands auf 159 gestiegen.

Die Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften haben nach einer von der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Übersicht in den ersten drei Quartalen, also von Januar bis September 1906, nur 480 Mitglieder Zuwachs zu verzeichnen.

Unternehmerbewegung.

Größerer Zusammenschluß. Die fünf Leipziger Scharfmachervereine des Expeditions- und Fuhrwerks gewerbes haben sich zu einem Verband zusammengetan, und zwar haben sich die ehemals feindlichen Brüder im Kampfe gegen die Arbeiter zusammengeschlossen.

Die Düsseldorfener Metallindustriellen wollen die Arbeiter, die sich nicht händisch ducken, aus hungern. Die Großfirmen haben die Verabredung getroffen, einen Arbeiter, der aus irgend einem Grunde bei einer der beteiligten Firmen austritt oder austreten muß, innerhalb der nächsten drei Monate nicht zu beschäftigen.

Der Verband süddeutscher Textilindustrieller hielt am 5. November in Stuttgart eine außerordentliche Generalversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Arbeiterschwierigkeiten. 2. Erhebung eines außerordentlichen Verbandsbeitrags.

Die Internationalität des Unternehmertums. In Konstanz hielten die süddeutschen Bauunternehmerverbände mit den schweizerischen eine Beratung ab, wobei ein Abkommen über gegenseitige Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen getroffen wurde.

Soziale Rechtspflege.

SSG. Die Unfallhäufigkeit in den einzelnen Industriezweigen ist naturgemäß je nach der Gefährlichkeit der im Betrieb zur Anwendung gelangenden technischen Vorkehrungen eine sehr verschiedene.

Table with 3 columns: Berufsgenossenschaften, Unfälle auf 1000 Vollarb., 1903, 1904. Rows include Bergbau, Steinbrüche, Glas, Zöpferei usw., Eisen und Stahl, Metall, Feinmechanik usw., Chemie, Textilindustrie.

Table with 3 columns: Berufsgenossenschaften, Unfälle auf 1000 Vollarb., 1903, 1904. Rows include Papier, Buchdruck, Leder, Bekleidung, Holz, Nahrungsmittel usw., Mülerei, Zucker usw., Bauwesen, Privatbahnbetriebe, Expedition und Fuhrwesen, Binnenschifffahrt, Gewerbl. Berufsgenossenschaften, Eisenbahnverwaltung, Post- und Telegraphenverwaltung, Staatliche Bauverwaltung, Waggeret- usw. Betriebe, Provinz- und Kommunalbauverwaltung, Staatl. usw. Ausführungsbehörden, Gewerbl. Unfallversicherung überhaupt.

Die hier zu größeren Gruppen vereinigten Genossenschaften bezogen in sich natürlich eine ganze Reihe verschiedener artiger Gewerbe, in denen die Unfallhäufigkeit stark variiert. So beträgt zum Beispiel in der Tabakindustrie, die hier unter Nahrungs- und Genussmittel eingeordnet ist, die Unfallhäufigkeit pro 1000 Vollarbeiter nur 0,5, während die Nahrungsmittelindustrie selbst 6,0 und die ebendort einrangierte Fleischzereiindustrie 10,2 als Unfallhäufigkeit aufweisen.

Betrachten wir nun die Bewegung der Unfallziffern in den beiden Vergleichsjahren, so ergibt sich die auffallende Tatsache, daß während in den staatlichen Betrieben die Unfallhäufigkeit der versicherten Arbeiter etwas zurückgegangen ist (von 7,7 auf 7,2), sie in der Privatindustrie laut Ausweis der Berufsgenossenschaften von 9,2 auf 9,5 gestiegen ist.

Eingefandt.

Eine Konferenz der Stuhlbauer.

Ist von den Verbandsmitgliedern in dieser Branche seit vielen Monaten gewünscht worden. Der Unterzeichnete hat den zahlreichen an ihn gelangten Wünschen Folge geleistet und beschlossen, eine Stuhlbauerkonferenz zum 28. und 29. Dezember d. J. nach Dresden einzuberufen.

Wegen der Entsendung eines Delegierten haben die Sektionen der Stuhlbauer sich mit ihrer Lokalverwaltung zu verständigen. Gedacht ist die Konferenz ausschließlich für die in der eigentlichen Stuhlindustrie beschäftigten Mitglieder.

Polizeiliches und Gerichtliches.

1. Unerhörte Verbrechen in bezug auf Arbeiterschutz kamen in einem Strafprozeß gegen den Sägewerksbesitzer Ignaz Wiest in Rempten (Aläu) vor der Strafkammer des dortigen Landgerichtes ans Licht der Öffentlichkeit.

Arbeiter umging, eine Unverschämtheit sondergleichen; Regierung und Stadtbehörde hätten bei ihm kein Gehör gefunden (!). Wie die Verhältnisse speziell an der genannten Maschine im allgemeinen lagen, haben die Arbeiter verunglückten müssen! Alle Gutachter und Sachverständigen fällen über den ganzen Betrieb betreffs Auserlassung der Sicherheitsmaßregeln ein geradezu vernichtendes Urteil. Ein Polizeikommissar schließt aus der Zahl der Unfälle und aus dem Umstand, daß sich die sozialdemokratische Presse fortwährend mit diesem Betrieb beschäftigt, daß nicht alles so gewesen sei, wie es sein sollte.

Aus all den Gutachten und Zeugenaussagen geht hervor, daß die amtlichen Organe schon seit Jahren von den Zuständen mehr oder weniger Kenntnis gehabt haben, daß man aber gegenüber dem Unternehmerproben, dem Verbrechen an Leben und Gesundheit der Arbeiter, nicht den nötigen Mut faßte, mit aller Strenge des Gesetzes, die man bei geringfügigen Streifvergehen der Arbeiter immer anzuwenden weiß, vorzugehen. Der Unternehmer erhielt 300 Mk. Geldstrafe, der mitangeklagte Werkmeister 60 Mk. Geldstrafe.

Die Arbeiter dagegen, die im vergangenen Sommer ein Vierteljahr lang durch einen Ausstand gegen diesen rüch-

sichtslosen Ausbeuter kämpften, diese Arbeiter wurden, weil sie den Unternehmer oder einen ehrvergeffenen Streifbrecher nur schief anschauten, mit Gefängnis in der Höhe von 3, 4 und 5 Tagen bestraft!
Wie sagte doch der Oberstaatsanwalt bei dem Landeshofriedensbruchprozeß am Schurgericht in Nürnberg? — Wer im Volke den Glauben an die Gerechtigkeit untergräbt, der untergräbt das fundamentum regnum (die Grundlage der Königsreiche).

Briefkasten.

Dreslau, S. P., Straßburg, L. M. und andere.
Das würde doch wohl zu weit führen, wollten wir jetzt die örtlichen Einzelergebnisse der allgemeinen Verbandsstatistik in der „Solzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichen. Alle diese statistischen Berechnungen werden ja doch noch in der gedruckten Statistik selbst Berücksichtigung finden. Wozu die „Solzarbeiter-Zeitung“ also unnützlich belasten. Wir sehen von der Veröffentlichung eurer Statistik denn auch ab.

Grimma, C. G. Da wir über diese Versammlung einen Bericht schon in Satz gegeben hatten, haben wir den Demütigen zurückgelegt.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.

Meyers Klassiker-Ausgaben.

Unübertroffene Korrektheit. — Schöne Ausstattung. — Eleganter Leinwandband.

Arnim, 1 Band, geb. . . 2 Mk.	Kürner, 2 Bände, geb. . . 4 Mk.
Brentano, 1 Band, geb. 2	Lenau, 2 Bände, geb. . . 4
Bürger, 1 Band, geb. 2	Lessing, 5 Bände, geb. . 12
Chamisso, 2 Bände, geb. 4	Ludwig, 3 Bände, geb. . 6
Eichendorff, 2 Bde., geb. 4	Novallas u. Fouqué, 1 Bd., geb. . . 2
Gellert, 1 Band, geb. . . 2	Platen, 2 Bände, geb. . . 4
Goethe, 15 Bände, geb. . 30	Reuter, 5 Bände, geb. . 10
Grillparzer, 5 Bde., geb. 10	Rilckert, 2 Bände, geb. . 4
Hauß, 4 Bände, geb. . . 8	Schiller, 8 Bände, geb. . 16
Hebbel, 4 Bände, geb. . . 8	Schiller, 14 Bände, geb. 28
Heine, 7 Bände, geb. . . 16	Shakespeare, 10 Bde., gb. 20
Herder, 5 Bände, geb. . 10	Tieck, 3 Bände, geb. . . 6
E.T.A. Hoffmann, 3 Bde., geb. . . 6	Uhland, 2 Bände, geb. . 4
Immermann, 5 Bde., geb. 10	Wieland, 4 Bände, geb. . 8
H. v. Kleist, 5 Bände, geb. 10	

Ausführliche Prospekte sind gratis durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Bersammlungs-Anzeiger.

Berlin. Stellmacher. Branchenversammlung am Donnerstag den 29. November, abends 7/8 Uhr, im Rosenthalerhof (großer Saal), Rosenthalerstr. 11/12.
Frankfurt a. M. Sektion der Bürstenmacher. Sonntag, 2. Dezember, vormittags 10 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus, Kolleg 6. Tagesordnung: Neuwahl der Sektionsleitung.

Anzeigen.

Mannheim. Arbeitsnachweis der Solzarbeiter im Bureau K 4, 8 part. Telefon 1549. Stellenaussage jeden Freitag vormittags von 9—10 Uhr und nachmittags von 4—5 Uhr. Dabeifst auch Auszahlung der Reiseunterstützung. Umschauen streng verboten.
Moskau. Der Arbeitsnachweis der Solzarbeiter befindet sich Reuquinenberg 10. Wir ersuchen die Kollegen, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umschauen streng verboten.
Schwabenhausen. Bevollmächtigter Anbr. Bedner. Versammlungsortal im Gasthaus Zacher. Gebirge im Gasthaus Unterbräu. Die Reiseunterstützung wird erst vom 1. Januar ab ausbezahlt.
Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Götner, Schwabacherstraße 7 L. Sid. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Gucht, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12—1 Uhr.

Kollege Karl Schwedt, Tischler aus Frankfurt a. O., welcher in Berlin bei Markhof gearbeitet hat, sende Deine Adresse an Dr. Liebmacht, Rechtsanwalt, Kaiser Wilhelmstraße 27, wegen Zeugenvernehmung. Alfred Gieret, Berlin S 42, Tischlerstraße 65, Hof II, bei Götter.
Zahlstellen, denen der Aufsicht des Kollegen Franz Durnfort, österr. Buch Nr. 9864, bekannt ist, werden ersucht, dessen Adresse sofort an Unterzeichneten bekannt zu geben. Durnfort arbeitete zuletzt in Linz in Österreich.
Gustav Großschütz in Linz, Österreich Garsraßstraße 16 b.

Kolalbeamter gesucht.

Zum 1. Januar 1907 ist der Posten des ersten Bevollmächtigten bei der Zahlstelle Breslau (3100 Mitglieder) neu zu besetzen. Anfangsgehalt 1800 Mark, steigend pro Jahr um 100 Mark bis zu 2000 Mark. Bewerber müssen die Fähigkeit besitzen, in jeder Hinsicht agitatorisch für den Verband tätig zu sein und die nötigen Korrespondenzen führen. Selbstgeschriebene Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sind bis 1. Dezember unter Aufschrift „Kokalbeamter“ zu richten an J. Rozar, Breslau V III, Sobieszka 51.

Kokalbeamter gesucht.

Die Zahlstelle Dresden sucht zum 1. Jan. 1907 einen Lokalbeamten. Derselbe muß mit allen Verwaltungsgeschäften einer großen Zahlstelle völlig vertraut und in der Agitation starr sein. Jahresgehalt 1800 Mark. Bewerber, die mindestens fünf Jahre Mitglied des Deutschen Solzarbeiterverbandes sein müssen, wollen Offerten mit der Schilderung ihrer seitherigen Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung bis zum 6. Dezember a. c. an das Bureau des Solzarbeiterverbandes Dresden, Ritzenbergstraße 2, einsenden mit der Aufschrift „Kokalbeamter“.

Die Verwaltung.

Suche auf sofort einen Tischler.
Fr. Bischoff, Wieba i. Sarz Bau- und Möbelfabrik.

Mehrere Tischlergehilfen auf rohe Möbel bei gutem Akkord gesucht.
Franz Richter, Noda, S. M.

5 Tischlergesellen finden dauernde Beschäftigung.
H. Paul, Dampfzischlerei Wiesenburg (Markt).

Stuhlbauer und Polierer

gesucht **Karl Rademacher** Stuhlfabrik, Cassel-W.

Wirklich tüchtige, befähigte **Stuhlbauer** hauptsächlich für Sessel und bessere Stühle sowie **Polierer** stellen wir ein. Gewähren Reisevergütung nach einjähriger Arbeitszeit.
Robert Oehlschlägel & Co. Br. Holland b. Cöbing, Westpreußen.

Tüchtiger Maschinenarbeiter für die Fräse und Walzengatter gesucht, sowie einige tüchtige Tischler für weiße und polierte Möbel, Spezialität Stegtische und Wachstuchausziehtische. **B. Roeder, Möbelfabrik** Jzerlohn, Westfalen.

Tüchtig. Maschinenarbeiter

für Fräs-, Schlth- und Zapfenmaschine per sofort gesucht. Offerten mit Lohnforderung an **W. Biel, Abteilung Reformfenster, Zehoe.**

Ein tüchtiger Drechsler wird verlangt.
Herm. Tapper, Dampfzischlerei Gollnow i. Pommern.

Drechsler auf Massenartikel, Bau- und Möbelarbeit, sofort gesucht. Am liebsten Verheiratete. Dauernde Arbeit. Arbeitszeit 9 1/2 Stunden.
D. Bolte, Sildesheim.

Tüchtige Stockdrechsler, hauptsächlich Schleifer und Polierer finden sofort gegen hohen Lohn dauernde Arbeit.
A. Schlesinger, Stockfabrik m. Kraftbetr. Schweige.

Perfekte **Stockerbeiter** sucht sofort **G. Adolf Richter, Stockfabrik** mit Kraftbetrieb, Magdeburg.

Dorn-Salantierarbeiter

auf Salatbestecke für dauernde Arbeit bei guter Bezahlung gesucht.
Fr. Scherf, Nürnberg Rudolfstraße.

Gestellarbeiter

auf Sessel, Peditgmöbel, bei dauernder, lohnender Beschäftigung gesucht. Verheiratete bevorzugt. **Karl Hochherz** Troisdorf b. Cöln a. Rh.

2 **Korbmacher** finden dauernde Beschäftigung auf Matt. Material und Lohn gut. Nehme auch Verheiratete.
Ph. Bornmann, Taugermünde.

2 tüchtige **Korbmacher** auf Rohrkörbe bei dauernder Winterarbeit gesucht.
H. Billings, Rheine, Westfalen.

Suche per sofort oder später 1 Tischler auf rohe Möbel auf gezeichnete Arbeit.
Mrs. Köhler, Korbmacher Mollath i. W.

5 Korbmachergesellen

erhalten dauernde Beschäftigung (Stücklohn: Rohlkörbe 88 Pf., 55 Pf., 44 Pf.; Ballonkörbe 34 Pf.) bei **A. Fröbel, Stettin** Bastadie 72 und Schwarzer Damm 10.

Gesucht auf gleich 10 **Korbmacher** auf Gematt. **C. Ficke, Oldenburg i. Gr.**

Einige tüchtige **Korbmacher** auf Rohrkörbe können sofort oder in acht Tagen dauernd Arbeit finden.
C. Schlossstein, Seilsbrunn a. M.

4 tüchtige **Korbmacher** auf grüne runde Obstkörbe finden dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn.
Hermann Weise, Korbmachermeister Dahme (Markt).

Gesucht zwei tüchtige **Korbmacher** auf Geschlagen. Arbeit dauernd.
Jac. Kahlke, Glöckstadt.

Einige **Korbmacher** finden noch dauernde Beschäftigung.
Oalm & Ahlfeld, Rohrwarenfabrik Bernburg.

Suche per sofort einen tüchtigen **Mischer** sowie mehrere **Bürstenmacher** auf Pechen und Einziehen.
Reinh. Griesebock, Bürstenfabrik Oberstein a. d. Nahe.

Ein tüchtiger **Bürstenmacher** findet verhältnismäßig sofort dauernde Beschäftigung auf Einziehen.
Ludwig Kranzbühler, Solingen-Nord.

Suche sofort einen **Aufnagler.** Bekter war 8 Jahre bei mir.
A. Hoyer, Schuhwarenhans Königs-Wusterhausen.

2 tüchtige **Drechsler** auf Massenartikel gesucht.
H. Gelbe, Drechserei mit Kraftbetrieb, Wismar i. M.

Almanach

für das Jahr 1907
Taschenkalendar für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes

Der neue Almanach wird gegenwärtig an die Zahlstellen versandt. Sein Inhalt ist in Nr. 46 Seite 399 dieses Blattes besprochen worden. Indem wir darauf verweisen, ersuchen wir die Kollegen, welche sich ihr Exemplar sichern wollen, die Bestellung bei der Lokalverwaltung nicht zu veräumen. Der Preis ist wie früher 50 Pfennig für Verbandsmitglieder.

Der Verbandsvorstand.

Zu verkaufen Wallnussholz

ca. 6 cbm à 210 Mark per cbm. Netto Raffee frei ab Bremen. Offerten unter J. 7864 an **Herm. Wülker, Annoncen-Expedition, Bremen** erbeten.

Tischlerwerkzeuge

anerkannt, fabriziert und hält auf Lager **H. Himstedt, Hamburg, Lge. Mühren 86/87.** Preisl. z. Dienst.

Porenfüller in Pulver D. R. P. angemeldet

laut Gutachten der beste bisher existierende.

Lackfabrik C. Bränsch, Inhaber Krohn

Reinickendorf-Berlin.

Gegründet 1866 ■ Prämiert Gewerbeausstellung Berlin.

Paul Horn Fabrik chemischer Produkte Hamburg 23

Über die Eigenschaften und zweckmäßigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten **Jubiläumskatalog,** ein Lehrbuch des Polierens, Beizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss:

- Jubiläums-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoe-Politur, filtrierte Schellack-Politur, porenschließende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Matttne, Bohnerwachs, Salonmatt.
- Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Petersburger Lack.
- Schleif- und Polieröl. Farbige Porenpulver.
- Spiritusbeizen, Ambranitbeizen, Wasserbeizen, Körnerbeizen, Salmiakbeizen.
- Flintsteinpapier, Lederleime.
- Polierspiritus usw. usw.

Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den hervorragendsten Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.50.

Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.

Der Buchhaltungs-Meister.

Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattpsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.—.

Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.
Verlag von Karl Rloß in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.